Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Richard Ilige, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 127. **Halle, Donnerstag den 6. Juni 1918.** **2. Jahrgang.**

Die Legitimierung des Schleichhandels.

Herr v. Batocki gegen Roesicke.

Der Antrag des Agrarierführers Roesicke im Reichstagsausschuß fordert einen vollständigen Umsturz unseres Ernährungssystems. Wenn es nach ihm ginge, würde der Handel mit den notwendigsten Lebensmitteln freigegeben. So der Handel mit Gemüse, Eier und Obst. Brotgetreide und Kartoffeln sollen nur zum Teil erfaßt, zum andern Teil dem freien Handel überlassen bleiben. Die beschlagnahmten Mengen sollen dazu dienen, daß zunächst die ärmeren Schichten der Bevölkerung mit Lebensmitteln versorgt werden. Der dem Handel freigegebene Rest würde den besser situierten Klassen die Möglichkeit geben, „wie im Frieden" zu leben, wenn auch mit höheren Preisen. Damit würde, meint Herr Roesicke, der Schleichhandel zu einem legitimen umgewandelt. Wie wenig dies zutrifft, ist in der Presse schon genügend erörtert worden. Und so viel sich auch gegen die Organisation unseres Ernährungssystems einwenden läßt, die Aufhebung der Rationierung würde den Zusammenbruch unserer Versorgung im Gefolge haben.

Dieser Meinung ist auch der frühere Leiter des Kriegsernährungsamtes, Herr v. Batocki. Er veröffentlicht in der Frankfurter Zeitung einen Artikel, in dem er sich gegen die Leute wendet, die dahin zu wirken suchen, daß **mit dem System der möglichst vollständigen Erfassung und öffentlichen Bewirtschaftung der Lebensmittel gebrochen** werde, und die es einmal „anders probieren" möchten. Er nennt dieses System „eine schmale und schwankende Notbrücke, die über den jähen Abgrund des Verderbens führe". **Breche auch nur ein Balken** (als solche bezeichnet er Brot, Kartoffeln, Körnerfutter) **zusammen, so liege Deutsch-**

[illegible]

Befreiung der kommenden Generation von ihren Fesseln, noch durch sonstige neue Mittel erreicht werden, sondern nur durch **den schwerfälligen, überall hemmenden und drückenden verwickelten** und darum nur bei äußerst vorsichtiger Behandlung festhaltenden Notbrückenbau **der öffentlichen Zwangswirtschaft.** Dieser Bau kann aber nur Bestand haben, wenn unter den Hauptbalken auch alle sonstigen Stützen und Streben sorgfältig gesetzt und erhalten werden."

So Herr v. Batocki. Nicht Abbau, sondern Aufrechterhaltung und Weiterführung des Systems fordert er, und zwar bis zu dem Zeitpunkt, wenn die Versorgung von Heer und Zivilbevölkerung mit Brot und Kartoffeln durch eigne Ernte und Zufuhr völlig gesichert ist: „Vorher wäre dieser Schritt eine Gefährdung unserer Existenz und **ein Frevel am Schicksal des deutschen Volkes."**

Dieses Zeugnis des Herrn v. Batocki ist um so wertvoller, als er sicher jede Erleichterung empfehlen würde, die sich für die Landwirtschaft, ohne Gefahr für die Landesverteidigung durchführen ließe.

Schleichhandel als Vorbedingung.

Die Deutsche Bergwerkszeitung macht folgende interessante Mitteilungen über das Verhältnis amtlicher Stellen zum Schleichhandel:

Nachdem die Versorgung der Arbeiterschaft mit Lebensmitteln aus dem Schleichhandel durch viele industrielle Werke aufgehört hat, hat es die Regierung bekanntlich übernommen, der **Arbeiterschaft der Kriegsindustrie** besondere Zuweisungen an **Nahrungsmitteln** zu machen. Diese besonderen Zuweisungen kommen **nur solchen Werken** zugute, die Nachweisen können bzw. eine eidesstattliche Versicherung abgeben, daß sie vorher Lebensmittel für ihre Arbeiter aus dem **Schleichhandel** beschafft haben; die übrigen Werke gehen leer aus.

Hier wird also von den maßgebenden amtlichen Stellen der [illegible] **als Vorbedingung** für die Ge- [illegible] **gegeben,** jetzt hierzu [illegible] und mit an dieses Kuriosum vorläufig nicht zu glauben vermögen, nachdem die Staatsanwaltschaft ein hochnotpeinliches Verfahren gegen die Stadt Neukölln eingeleitet hat, die aus einer schweren Notlage heraus sich auf dem Wege des Schleichhandels Nahrungsmittel für die Bevölkerung besorgte. Das Kriegsernährungsamt wird um die Beantwortung der Frage nicht herumkommen, von welcher amtlichen Stelle jene seltsame Verfügung ausgegangen ist.

30 Millionen Zentner Getreide — „unerlaubt verbraucht"!

Die Brotration, die dem deutschen Volke zugeteilt wird, ist viel zu gering. Im preußischen Abgeordnetenhause hat aber der Leiter des Reichsernährungsamts erklärt, daß im vorigen Jahre von rund 12 Millionen nur 10½ Millionen Tonnen erfaßt worden wären. Wo diese 1½ Millionen Tonnen hingekommen wären, wisse er nicht. Wahrscheinlich seien sie unerlaubt verbraucht, worüber man sich ja bei der entsetzlichen Futtermittelnot gar nicht zu wundern brauche. Es sind also in einem Jahre 30 Millionen Zentner Getreide der Allgemeinheit verloren gegangen. Sie sind zum Teil verfüttert, zum Teil auf dem Wege des Schleichhandels den Zahlungsfähigen zugeführt worden. 30 Millionen Zentner! Rechnen wir mit einer Zivilbevölkerung von 60 Millionen, so hätten in einem Jahre auf den Kopf der Zivilbevölkerung 50 Pfund Getreide mehr verteilt werden können, wenn die Vorschriften von den Agrariern gewissenhaft beachtet worden wären. **Wöchentlich macht das auf den Kopf der Zivilbevölkerung nahezu ein Pfund mehr aus.** Würden auch die anderen Nahrungsmittel, Kartoffeln, Fett, Fleisch, Eier usw. schärfer erfaßt, **so könnte die Ernährung der Bevölkerung erheblich besser sein.** Eine energische Staatsregierung könnte allerdings mehr Nahrungsmittel erfassen. Dann müßte sie freilich den Produzenten ganz anders entgegentreten. Zu wesentlichen beschränkt sie sich aber darauf, die Landwirte mit Prämien zur reichlicheren Lieferung zu veranlassen. Da der Schleichhandel mehr bietet, ziehen mitunter auch die Zuschläge nicht.

Dem Schleichhandel muß also mit allen Mitteln begegnet werden!

Die unabhängigen Wahlrechtsstrategen in Koburg-Gotha.

Die Abgeordneten für die Landtage der Herzogtümer Koburg und Gotha, die zusammen bei Beratung allgemeiner Angelegenheiten den sogen. Koburg-Gothaischen Gesamtlandtag bilden, wurden bisher nach dem Wahlmännersystem gewählt. Da das Wahlrecht im übrigen aber geheim und gleich ist, gelang es in Koburg zeitweilig von den 11 vorhandenen Sitzen einen und in Gotha von den 19 Sitzen einmal sogar neun, seither aber immer acht Sitze für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Der Antrag, das Wahlrecht in ein direktes umzugestalten, war seit Jahren nicht nur von sozialdemokratischer, sondern selbst von liberaler Seite erhoben worden. Im Vorjahr hatte die Regierung einen Wahlgesetzentwurf vorgelegt, der das allgemeine und gleiche Wahlrecht für neu zu schaffende 5 gothaische und 2 Koburger Wahlkreise das Verhältniswahlrecht bringen sollte. Eine Wahlrechtskommission bebrütete das Ei mehr als ein halbes Jahr und nach ihrer ganzen Zusammensetzung war es ganz selbstverständlich, daß sie mit reaktionären Verbösserungsanträgen auf dem Plan erscheinen würde. Dahin gehörte in erster Linie bei Erwerbung des Wahlrechts das Verlangen einer dreijährigen Seßhaftigkeit im Herzogtum. Da jedoch die gesamten Koburger Abgeordneetn (11) gegen diese Forderung waren, hätte sich das Verhältnis bei der Abstimmung so gestaltet, daß der reaktionäre Antrag mindestens mit den 11 Koburger und den 8 sozialdemokratischen gothaischen Stimmen, also mit 19 gegen 11 Stimmen, abgelehnt worden wäre. Aber wieder einmal in völliger Verkennung der Sachlage forderte ein Antrag der Unabhängigen in denkbar ungeschicktester Weise, gar nicht in eine Einzelberatung der Vorlage und der dazu gestellten Anträge einzutreten, sondern **die Regierungsvorlage ohne Debatte en bloc anzunehmen.** Hier versuchten sich diese Unabhängigen nun einmal als wirkliche „Regierungssozialisten" zu betätigen, aber sie hatten nicht daran gedacht, welch gefundenes Fressen ihre Ungeschicktheit für alle Reaktionäre im Landtage war. Man brauchte ja nur den gewitz recht sonderbaren unabhängigen Antrag abzulehnen und die ganze unbequeme Vorlage war damit gefallen! So geschah es. Die Sache war zwar zuletzt selbst dem großen Wilhelm Bock zu dumm und er **stimmte als einziger gegen den Antrag seiner eigenen Fraktion,** aber er spielte hier lediglich die Rolle des Zauberlehrlings: die Geister, die er gerufen, er ward sie nun nicht los! So hat denn radikal sein sollende unabhängige Tappsigkeit einen neuen „Triumph" zu verzeichnen! Zum Schaden aber kam dann noch der Spott! Als die Unabhängigen sahen, was sie angerichtet, verlangten sie andern Tags **eine erneute Abstimmung über den gleichen Antrag.** Das ist allerdings nach § 70 der Geschäftsordnung möglich, wenn zwei Drittel der Abgeordneten sich dafür erklären. Aber das Gros der Bürgerlichen war ja heilfroh, daß die ganze ihnen so widerliche Sache auf dieses tote Gleis geraten war, ohne daß man ihnen den Vorwurf machen konnte, daß sie an dem Fall der Vorlage schuld sind. Durch die Ablehnung dieser von den Unabhängigen gewünschten erneuten Abstimmung aber haben die Bürgerlichen die Unabhängigen nur vor einer neuen Blamage bewahrt, denn diese hätten, um zum Ziele (d. h. zur Wiederaufnahme der Debatte) zu kommen, gegen ihren eigenen Antrag, „jede Debatte abzulehnen und die Regierungsvorlage unverändert anzunehmen", stimmen müssen!

•

Auf den Antrag der Unabhängigen, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, traten die Fraktionen zu einer Besprechung zusammen, die über eine Stunde währte und deren Ergebnis war, daß die Wiederaufnahme der Verhandlungen als zwecklos abgelehnt wurde. Abg. Dietzsch erklärte dazu:

Die Schuld an dem völligen Scheitern der Regierungsvorlage in der gestrigen Verhandlung fällt **allein auf die sozialdemokratische unabhängige Fraktion.** Hierbei mag nicht unerwähnt bleiben, daß das Verhalten des Hauptsprechers dieser Fraktion und zugleich Berichterstatters der Minderheit, der Abgeordnete Wolf, in der gestrigen Sitzung die bisherigen guten Formen des Parlamentarismus in den koburg-gothaischen Landen in der unerkreulichsten Weise überschritten und Andersdenkende tief verletzt hat, von den bürgerlichen Abgeordneten lebhaft bedauert wird. Gleichwohl waren die bürgerlichen Abgeordneten bereit, die Verhandlung wieder aufzunehmen, wenn nicht die gestrigen Ausführungen des genannten Abgeordneten die hohe Wahrscheinlichkeit begründet hätten, daß ein Gesetz, das die Mehrheit der bürgerlichen Stimmen hätte gutheißen können, nicht zustande kommen würde. Wenn die bürgerlichen Abgeordneten aus dieser sachlichen Erwägung die Wiederaufnahme der Verhandlung als zwecklos ablehnen, so sprechen sie doch zugleich die bestimmte Erwartung aus, daß die herzogliche Staatsregierung **so zeitig eine anderweite Vorlage zur Einführung der unmittelbaren Wahl dem Landtag unterbreite, daß danach die nächsten Wahlen stattfinden können.**

Es schloß sich an diese Erklärung eine Diskussion, in der Staatsminister v. Bossewitz schließlich die Haltung der Regierung dahin scharf präzisierte: Die herzogliche Staatsregierung bedauere auf das allertiefste, daß, nachdem sie eine Vorberatungszeit von sieben Monaten in Anspruch genommen hat, diese wichtige Vorlage gescheitert ist. Die herzogliche Staatsregierung halte das redliche Bestreben, Bestimmungen, die ihr überlebt erscheinen, durch zeitgemäße zu ersetzen. Nach den außerordentlich trüben Erfahrungen, die sie in den letzten Monaten, ganz besonders gestern bei der Behandlung der Vorlage gemacht hat, **kann sie eine Wiedervorlage dieses wichtigen Gesetzentwurfs an den Landtag in seiner jetzigen Zusammensetzung nicht in Aussicht stellen.**

•

Was die Unabhängigen da im koburg-gothaischen Landtage geleistet haben, ist ein Schulbeispiel ihrer verderblichen Politik. In dieser Politik werden sie um so früher untergehen und verschwinden, je mehr der Bevölkerung die Augen über diese Arbeiterpolitiker geöffnet werden.

Die Zensur im Reichstage.

Am Mittwoch wurde die Debatte über Zensur und Belagerungszustand fortgesetzt. Vorher hatte das Haus in seltener Einmütigkeit einstimmig die Erhöhung der Diäten bewilligt. Der Abg. Gothein von der Volkspartei sprach über drei Stunden, zu großem Unmut der Rechten. Mit sachlicher Schärfe, gestützt auf zahlreiches Material, wandte sich Gothein gegen die systematischen allgemeinen Uebergriffe der Zensurbehörden, die darauf hinzielen, der friedensfreundlichen Mehrheit des Volkes alle Meinungsäußerungen zu unterbinden und somit den Tendenzen der Rechten in ihrer Wirkung nach außen und innen Vorschub zu leisten. Dem Vertreter der Heeresleitung gelang es nicht, die Argumente Gotheins zu entkräften, er gab wohl bündige Erklärungen ab, daß das Generalkommando soviel Freiheit gewähren solle, als sich mit den militärischen Interessen vereinbaren lasse. Zwischenrufe wiesen ihn aber darauf hin, daß dieser einschränkende Satz eben zu den weitestgehenden Willkürmaßnahmen mißbraucht werde. Der konservative Abg. Graefe goß gleich bei Beginn seiner Rede Oel ins Feuer, indem er den schon im Abgeordnetenhaus angewandten Trick des Grafen Spee, die Frontkämpfer gegen das Parlament auszuspielen, von neuem benutzte. So lange es den Feldgrauen nicht möglich ist, den Konservativen ihre wahre Meinung kundzugeben, werden die Freunde des Herrn Graefe auf diesen demagogischen Kniff nicht verzichten. Morgen dürfte die Debatte über den Belagerungszustand ihr Ende finden.

Das Problem des Völkerbundes.

Bern, 5. Juni. Das hier tagende Schweizerische Komitee zur Vorberatung des Völkerbundes faßt die letzten Gedanken seiner Tätigkeit in eine Entschließung zusammen, in der es heißt, die Erfahrung zu Beginn des Weltkrieges habe gezeigt, daß ein fakultatives Schiedsgerichtssystem **nicht ausreiche, um die Kriege zu verhindern.** Nur ein **Völkerbund,** begründet auf der **Ueberzeugung von der Solidarität des Menschheitsinteresses und geschaffen zur Abwehr jeden Friedensbruches könnte dauernd den Frieden gewährleisten.** Ferner wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die die Dringlichkeit der Völkerbundsarbeit begründet und u. a. ausführt, daß auf das Uebereinkommen für die Schaffung eines Völkerbundes auf **Beendigung des gegenwärtigen Krieges** und die hierfür erforderliche Schlichtung der strittigen Fragen wesentlich einwirken würde. **Eine technische** Durchführbarkeit des geplanten Völkerbundes könne in Haag den einer zum Frühherbst neuerlich einzuberufenden Plenarsitzung des Komitees **ausgearbeitet** werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180606-11/fragment/page=0001

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, den 5. Juni 1918, abends. (Amtlich.) An der Schlachtfront ist die Lage unverändert.

Der Krieg zur See.

Berlin, 5. Juni 1918. (Amtlich.) Das von dem bewährten U-Boots-Kommandanten Oberleutnant z. S. Loos beschlagte Boot versenkte im Kanal neuerdings fünf Dampfer und drei französische Fischerfahrzeuge mit über 28000 Br.-R.-T.

Unter den versenkten Dampfern befanden sich der englische Hilfskreuzer Mudania (9000 Tonnen) sowie ein bewaffneter Dampfer von etwa 6000 Tonnen, die beide aus fast geschlossenen Geleitzuge herausgeschossen wurden. Namentlich festgestellt wurden ferner noch der bewaffnete englische tiefbeladene Dampfer Nor Panther (5875 Tonnen) und die französischen Fischkutter Petit Georges, Souvenir de St. Marie und Joseph Simon.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Haag, 4. Juni. Das Korrespondenzbureau teilt mit: Das Fischerfahrzeug Annie en Adrie aus Vlaardingen ist heute in der Nordsee auf eine Mine gelaufen und in die Luft geflogen; von der Besatzung wurde ein Mann getötet, zwei verwundet.

Amsterdam, 5. Mai. Nach einer Reutermeldung teilt die englische Admiralität mit, daß ein britischer Torpedojäger am 21. Mai nach einem Zusammenstoß gesunken ist. Verluste an Menschenleben sind nicht zu beklagen.

3000 Quadratkilometer Land gewonnen.

Berlin, 5. Juni. In einer Woche besetzten die Deutschen während der Schlacht zwischen Aisne und Marne über 3000 qkm feindlichen, teils fruchtbarsten Bodens mit zahlreichen Wiesen, Obst- und Weingärten. Ueber 200 Ortschaften, darunter 15 Städte mit mehr als 1000 Einwohnern fielen in deutsche Hand. In ihnen ist nur ein Teil der Bevölkerung zurückgeblieben. Der Rest von rund 75000 Seelen hat seine Wohnstätten verlassen und ist über die Marne geflohen. Diese Flüchtlinge fallen der französischen Regierung zur Last, die sie unterbringen und verpflegen muß.

Die Heftigkeit der Marnekämpfe.

Lugano, 5. Juni. Der Pariser Vertreter des Secolo stellt fest, daß die Marnekämpfe noch mit wachsender Heftigkeit fortdauern. Allerdings ruhe jetzt das Schwergewicht auf der Heftigkeit der französischen Gegenangriffe. Die Schlacht nähere sich dem Gleichgewicht.

Der Mitarbeiter des Courier della Sera, Barzini berichtet, daß die Alliierten auf allen Straßen ungeheure Reserven heranbringen. Ihr Einfluß mache sich bereits fühlbar. Im Laufe dieser Woche werde die Entscheidung fallen. General Foch sei vom Erfolg seiner getroffenen Maßnahmen vollständig überzeugt.

*

Mit solchen Hoffnungen haben sich die Alliierten immer getragen. Sie sind jedoch regelmäßig fehlgeschlagen. Wann endlich werden die feindlichen Kriegspolitiker zur Einsicht kommen, daß sie nicht in der Lage sein werden, auf dem Schlachtfelde die Entscheidung herbeizuführen?

Vor einer Offensive bis zur Piave?

Basel, 6. Juni. Die Kriegsberichterstatter an der italienischen Front melden, daß der Feind fortgesetzt neue Truppenbestände an diese Front heranziehe. Die in Frankreich tobende Schlacht werde sich in nächster Zeit bis zur Piave ausdehnen. Die Stimmung unter den italienischen Truppen sei ausgezeichnet.

Wie überall!

Der deutsch-englische Gefangenenaustausch.

Berlin, 6. Juni. Die Verhandlungen über den deutsch-englischen Gefangenenaustausch werden voraussichtlich bereits jetzt im Haag unter der Leitung der niederländischen Regierung beginnen. Als Vertreter Deutschlands werden, wie die Vossische Zeitung meldet genannt: Botschaftsrat Prinz Hermann Hatzfeld, dem die Geh. Legationsräte Dr. Eckardt und Dr. v. Keller von der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amts zur Seite stehen, General Friedrich, der auch die deutsch-französischen Verhandlungen über Gefangenenaustausch führte und bereits bei einer früheren deutsch-englischen Aussprache über Gefangenenbehandlung eine Begegnung mit Delegierten Englands hatte.

Das Vertrauensvotum für Clemenceau.

Paris, 5. Juni. (Havas.) Am Schluß der Kammersitzung befanden mehrere Abgeordnete auf der Festsetzung eines nahen Termins zur Erörterung der Interpellationen über die militärische Lage. Clemenceau verweigerte jede Festsetzung der Debatte und stellte die Vertrauensfrage. Man schritt zur Abstimmung und die Vertagung auf unbestimmte Zeit, die die Regierung forderte, wurde mit 377 gegen 110 Stimmen angenommen.

Französische Willkür an der Schweiz.

Berlin, 6. Juni. Wie die Vossische Zeitung erfährt, sind die beiden amerikanischen Getreideschiffe, die nach längeren Verhandlungen mit Washington der Schweiz bewilligt wurden, im Hafen von Bordeaux angelangt, aber dort von der französischen Regierung festgehalten worden. In Paris erklärt man, die Schweiz habe zwar mit den Vereinigten Staaten abgeschlossen, aber Frankreich könne diese Getreidelieferungen nicht durchlassen. In gewohntem Erpressungsverfahren wird das Verlangen nach einem Geldkredit gestellt.

Bulgarien und Griechenland.

Sofia, 6. Juni. Radoslawow sagte in einer Unterredung: Wir haben einen Vertrag mit unseren Verbündeten geschlossen, wonach wir, falls wir ohne unser Zutun mit Griechenland in Krieg geraten sollten, ein Anrecht auf alle jene Gebiete haben, die uns Griechenland im Jahre 1913 entriß. Wir werden also, da dieser Fall eingetreten ist, mit Einmütigung der Verbündeten unser Anrecht auf Seres, Drama, Kawalla und alle an der durch das Bukarester Unrecht von 1913 an Griechenland übergegangenen Gebiete geltend machen.

Ein russischer Protest gegen englische Aushebung russischer Untertanen.

Stockholm, 5. Juni. Nach Blättermeldungen aus Moskau richtete Tschitscherin an Lockhart, den diplomatischen Vertreter Großbritanniens in Petersburg, einen scharfen Protest gegen die neuerdings wieder aufgenommene Zwangsaushebung russischer Untertanen für die englische Armee. Die Protestnote betont, daß die britische Regierung bei dieser widerrechtlichen Maßnahme im Einverständnis mit den Vertretern der alten russischen Regierung handelt, welche schon lange nicht mehr besteht und heute nur noch die Triebkraft der gegen revolutionären Bewegung ist. Die Grundsätze und die politische Lage der russischen Sowjetrepublik verlangen absolute Neutralität im Weltkriege.

Deutscher Reichstag.

167. Sitzung, Mittwoch, 5. Juni.

Am Ministertisch: v. Bayer, Wallraf.

Zur Beratung gelangt der Entwurf betreffend die

Erhöhung der Abgeordnetenbezüge.

Abg. Dove (Sp.) tritt für eine Aufwandsentschädigung an den Präsidenten ein.

Graf Westarp (Kons.) wendet sich gegen diesen Vorschlag. Dem Präsidenten stehen besondere Repräsentationspflichten nicht zu. (Lachen links.)

Staatssekretär Wallraf sagt Beachtung des Wunsches zu. Das Gesetz wird sogleich in zweiter und dritter Lesung einstimmig angenommen. Die Debatte über

Zensur und Belagerungszustand

wird fortgesetzt.

Abg. Gothein (Fp.): Die Pressezensur wird zu engherzig und scharf gehandhabt, auch von den Zensurinstanzen der Admiralität. Mit dem bauernden Hinweis auf die Wirkung im Ausland kann man schlechthin alles vertreten. Eine einseitige politische Handhabung der Zensur kann nicht abgeleugnet werden. Der Redner führt eine Reihe von Beispielen an. Selbstveröffentlichungen eines Kapitäns zur See, der doch sicher den Feinden kein Material liefern wird, wurden von der Zensur verboten. Im Gegensatz zu dieser Strenge wird nach einer andern Seite hin eine liebevolle Duldsamkeit bewiesen. Der Redner bringt Auszüge aus der Deutschen Tageszeitung und andern wahrheitsfeindlichen Zeitungen, die nicht nur beispiellose Beschimpfungen weiter Volkskreise enthalten, sondern auch persönliche Beleidigungen der Staatsmänner enthalten, die die Vorlage eingebracht haben. Noch heute haben wir den verschärften Kriegszustand in Festungen wie Königsberg, die vom Feinde nicht mehr im geringsten bedroht sind. In allen diesen Städten herrschen die Kriegsgerichte mit ihrer summarischen Justiz und der absoluten Präventivzensur.

Es ist nicht zuviel gesagt, daß die Zensur nur ein Mittel darstellt, die Mehrheit des Volkes gegen die Schmähungen einer Minderheit wehrlos zu machen!

Die Zustände im Vereins- und Versammlungsrecht sind geradezu unerträglich geworden. Hätte man zu Anfang des Krieges gewußt, daß wir vier Jahre lang unter dem Belagerungszustand würden leben müssen, wären Regierung und Reichstag zweifellos für Aenderung des Belagerungszustandes gewesen. Insgesamt ist aber die Gewöhnung an das Schreckgespenst eingetreten. Ganz besonders schroff ist die Bekämpfung der Pazifisten. Alle Milde und Sachlichkeit, mit der friedensfremdliche Bestrebungen auftreten, alle Unantastbarkeit der vaterländischen Gesinnung ihrer Träger schützen nicht davor, daß ihre Willens- und Meinungsäußerungen unterbunden werden. — Redner führt viele Einzelfälle an. Ich habe so ausführlich über diese ganzen Dinge gesprochen, weil seinerzeit der Kriegsminister wegwerfend meinte, die paar Fälle bewiesen nichts und weil der Staatssekretär gestern auch wieder gesagt hat, die Handhabung der Zensur sei inzwischen viel besser geworden.

Das deutsche Volk kann diese Verhältnisse nicht weiter dulden. Das verbittert aber das Verhältnis zwischen Reichstag und Kriegsminister. Es handelt sich hier um die hochwichtige Frage, daß eine Einheitlichkeit in der Politik bestehen muß. Daher müssen wir verlangen, daß die Oberaufsicht einer andern Stelle übergeben wird. Der Reichstag hat beschlossen, sie dem Reichskanzler zu übergeben. Es läßt sich darüber reden, ob das das zweckmäßigste ist. Hält der Bundesrat diesen Weg nicht für richtig, so hat er die Pflicht, einen andern gangbaren Weg zu zeigen. (Lebh. Beifall links.)

General von Wriesberg: Aus den Ausführungen der Vorredner mußte man den Eindruck gewinnen, als wenn von den militärischen Stellen jeder Versammlungstätigkeit entgegengearbeitet wird. Davon ist aber keine Rede. In den Monaten Dezember 1917 und Januar 1918 haben in Preußen insgesamt 8011 Versammlungen stattgefunden, verboten wurden 99. Die Vaterlandspartei hat 849 Versammlungen einberufen, verboten wurden 14, die Gewerkschaften 2749 Versammlungen, verboten wurden 19. Diese Zahlen sprechen für sich. Ich werde diese Statistik weiterführen lassen. Unter Umständen können selbstverständlich vor, aber das Bestreben geht dahin, sie zu beseitigen. Ueber viele Fälle ist schon im Ausschuß gesprochen worden. Was den von dem Abg. Bauer vorgebrachten Fall der Auskunft des deutschen Feldpostamts 727 anlangt, so ist ein allgemeines Verbot seitens der Heeresverwaltung oder einer Heeresstelle in bezug auf die Richtaushändigung von Zeitungen nicht ergangen. Wenn also ein Einzelfall gegenüber dem Vorwurfe vorgekommen ist, so kann das nur auf einer fehlerhaften Vorsicht einer Unterstelle beruhen oder es können die Verhältnisse plötzlich einen solchen Befehl veranlaßt haben. Herr Scheidemann hat im Ausschuß wegen des Verbots des Vorwärts in Rumänien angefragt. Ich habe inzwischen festgestellt, daß von einem solchen Verbot nicht die Rede ist. (Abg. Ebert: Es handelt sich um eine besondere Zensur, die dort ausgeübt wird!) Dann hat der Abg. Bauer einen Erlaß tritisiert, in dem es hieß: die Versammlungen, in denen Heyer sprechen sollen, soll man verbieten. Gewiß, das ist der Standpunkt der Heeresverwaltung. Ihre Aufgabe ist es ja, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, wie kann sie da notorische Hetzer sprechen lassen. (Lachen b. d. Soz.) Man sagt, der Begriff Hetzer sei sehr weitgehend. (Sehr wahr! b. d. Soz. Abg. Bauer: Oldenburg-Januschau!) Wie weit der Begriff von dem betreffenden Generalkommando gefaßt wird, beweist die Tatsache, daß nicht eine Versammlung mit dieser Begründung verboten worden ist. Die Versammlung, in der über den Würzburger Parteitag berichtet werden sollte, ist nicht, wie Herr Bauer anführte, verboten worden, weil politische Dinge dabei zur Sprache kommen könnten, sondern weil öffentliche politische Versammlungen, die in dem Bezirk verboten sind, auch solche Mitgliederversammlungen gleichgestellt werden, die wegen der unberechenbaren Zahl der Teilnehmer den Eindruck von öffentlichen Versammlungen nehmen. (Lachen b. d. Soz. Zuruf: Damit kann man alles verbieten!) Was das vielangegriffene Stellvertretende Generalkommando des 6. Armeekorps anlangt, so sind durch die neuesten Bestimmungen die Klagen abgestellt. Die Genehmigung zu Versammlungen wird jetzt so zeitig erteilt, daß sie vorbereitet werden können. Anträge, die bedenkenfrei sind, werden sofort genehmigt, und den Antragstellern davon Mitteilung gemacht. Die andern Anträge werden dem zuständigen Landrat oder Polizeibeamten zur Stellungnahme überwiesen, die umgehend Berichte einzusenden haben. Das Stellvertretende Generalkommando ist auch jeden Augenblick telephonisch erreichbar und wird, wenn bei einem Streik ein Arbeitersekretär die Bitte ausspricht, zur Beratung der Arbeiter eine Versammlung einberufen zu können, dies nach Prüfung der Sache nicht verbieten. Auf die Beschwerden über das Vorgehen gegen den Pazifismus kann ich Herrn Gothein heute nicht antworten, weil ich das Material zum Teil nicht kenne. Und teilweise habe ich auch schon im Ausschuß darauf geantwortet. Der Standpunkt der Heeresverwaltung hinsichtlich der Verwaltungstätigkeit ist in der Verfügung vom 17. Januar 1917 vom Kriegsministerium niedergelegt. Da heißt es: „Der Zweck aller Beschränkung auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand ergibt sich aus dem Interesse der öffentlichen Sicherheit. Es soll verhindert werden, daß bei der Versammlungstätigkeit aller Art durch verhetzende Agitation die zuversichtliche siegesfrohe Stimmung beeinträchtigt und gestört wird. Auch darf nicht geduldet werden, daß Versammlungen Anlaß zu Ausschreitungen und Unruhen geben. Alle über dies Maß hinausgehende Beschränkungen sind schädlich." Der Erlaß vom 25. September 1917 sagt: „Die Möglichkeit, die wirtschaftlichen Interessen der von ihnen vertretenen Berufsgruppen wahrzunehmen, muß den Gewerkschaften gewährleistet werden. (Abg. Bauer: Was nützen die schönen Redensarten, wenn nicht danach gehandelt wird!) Die Heeresverwaltung ist bereit bei normaler Lage alles zu tun, um der Versammlungstätigkeit den weitesten Spielraum zu lassen. (Erneuter Zuruf b. d. Soz.: Redensarten!)

Chef des Presseamts im Kriegsministerium von den Bergh erteilt Antwort auf die von den Abgg. Bauer, Rechenberg und Gothein vorgebrachten Einzelbeschwerden.

Abg. Graefe (Kons.): Das Interesse des deutschen Volkes an den Redeschlachten des Reichstages ist nur gering. (Lachen und Widerspruch links.) Die Feldgrauen werden auf das Lachen und Spötteln der Herren von links die Antwort nicht schuldig bleiben. (Lärm links und Zwischenrufe.) Mit der Zensur ist es zweifellos besser geworden. Die größere Freiheit beanspruchen Sie (nach links) nur für sich, an Gehässigkeiten ist die Presse der Linken ganz und gar arm. Im übrigen wollen auch wir Pressefreiheit haben, weil wir an der Gesinnung des tüchtigen Durchschnitts schon lange nicht mehr interessiert sind. Der Antrag, der den Reichskanzler zum Zensor machen will, ist widersinnig, das militärische Interesse kann nur von den Militärs richtig vertreten werden. (Beifall rechts.)

Ueber einen Vertagungsantrag wird durch Hammelsprung abgestimmt. Es ergibt sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr (Wahl des Präsidenten, Fortsetzung der Debatte).

Schluß 5½ Uhr.

Aus den Ausschüssen.

Die neuen Steuern.

Der Haushaltungsausschuß trat am Mittwoch in die Beratung des Reichsstempelsteuergesetzes ein. Die Beratungen wurden heute fortgesetzt.

Der 32er Ausschuß begann die Detailberatung des Gesetzentwurfes über die Besteuerung von Mineralwässern. § 1 wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, damit grundsätzlich der Besteuerung von alkoholfreien Getränken zugestimmt. Der aus der Mitte der Kommission gestellte Antrag, an Stelle der Besteuerung nach Flaschen die Besteuerung nach Literinhalt zu berechnen, wird abgelehnt. Auch ein sozialdemokratischer Antrag, welcher Wasser und Limonaden, die von staatlichen, gemeindlichen, gewerblichen oder landwirtschaftlichen Unternehmungen an die in den betr. Betrieben beschäftigten Personen unentgeltlich oder zum Selbstkostenpreis abgegeben wird, steuerfrei zu lassen, wurde abgelehnt, dagegen der Antrag, die in den Herstellungsbetrieben von den dort beschäftigten Personen getrunkenen Erzeugnisse nicht zu besteuern, angenommen. Die Sozialdemokraten hatten weiter beantragt, die Nachversteuerung von Vorräten bei Wirten, Händlern, Konsumvereinen, Kasinos usw. zu unterlassen. Dieser Antrag wurde mit 13 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Eine lebhafte Diskussion rief der sozialdemokratische Antrag, den § 39 des Entwurfs zu streichen, hervor. Dieser Paragraph sieht eine Erhöhung der jetzt geltenden Zölle für Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade zum Teil von über 100 Proz. vor. Von Regierungsseite wird bestritten, daß Kakao ein Nahrungsmittel sei. Die Abstimmung ergibt Annahme der Erhöhung der Zölle für Kaffee und Tee, während die für Kakao und Schokolade vorgesehene Zollerhöhung abgelehnt wird.

Die Getränkesteuern sind in erster Lesung im wesentlichen nach den Regierungsentwürfen angenommen, die zweite Lesung beginnt am 10. Juni.

Arbeitskammergesetz.

Zu der Auseinandersetzung, ob Fach- oder Territorialkammern, lag der Mittwochsitzung des 34. Reichstagsausschusses ein Antrag Trimborn (Zentr.) vor; er verlangt, unter Beibehaltung der Fachkammern nach § 1 des Entwurfes, daß „für die Arbeitgeber und Arbeiter des Bezirkes einer höheren Verwaltungsbehörde, die Gewerbezweigen angehören, für welche eine fachliche Arbeitskammer nicht errichtet ist, gemeinsame Arbeitskammern zu errichten" sind. Bezirksabteilungen dieser Kammern sollen „tunlichst in Anlehnung an die Bezirke der öffentlich-rechtlichen Vertretung von Handel und Industrie gebildet werden" und schließlich sollen deren Besitzer aus den Vertretern der fachlichen Arbeitskammern berufen werden. Trimborn (Zentr.) begründet mit diesem Antrage eine bessere Pflege der allgemeinen Aufgaben der Arbeitskammern, vor allem auch sollen so alle Arbeiter eine solche Interessenvertretung erhalten, was die Vorlage nicht erreicht. Schirmer (Zentr.) verteidigt den territorialen Aufbau, ebenso Behrens (D. Fr.), der im Antrag Trimborn ein grundsätzliches, aber unzureichendes Entgegenkommen erkennt. Staatssekretär v. Stein erklärte, für die Regierung sei die fachliche Kammer Voraussetzung und Grundlage; namentlich im Einigungsverfahren könne der „soziale Frieden" nur auf fachlicher Grundlage gedeihen; das gelte auch für die Arbeitsvermittlung, die selber durch ein besonderes, allerdings nicht so bald zu erwartendes Gesetz zu regeln ist. Da allerdings die Fachkammer nicht sämtliche Arbeiter umfassen können, hält er eine Ergänzung der Regierungsvorlage durch den Antrag Trimborn für möglich. Giebel (Soz.) hält diese Stellung der Regierung für leicht erklärlich, weil für ihre Fachkammern der Antrag Trimborn völlig gefahrlos sei. Da nach der Vorlage Fachkammern zu errichten sind, brauche die ausführende Behörde nur das Bedürfnis dafür anzunehmen und die Trimbornschen territorialen Kammern sind nur noch hier und da schwindsüchtige Gebilde. Sehr bedenklich sei aber der Zustand, daß Fach- und Territorialkammern unbeschränkt denselben Aufgabenkreis hätten, was ein Durch- und Gegeneinander in Beschluß und Ausführung befürchten läßt. Was der Antrag bezwecke, werde besser durch den Gewerkschaftsvorschlag erreicht, der auf Territorialkammern aufbaut und in denselben Fachabteilungen zulässt. Dr. Wildgrube (Kons.) legt das Hauptgewicht auf das Einigungswesen, das durch ein unmittelbares Zusammenwirken der Arbeitgeber und Arbeiter desselben Berufes am besten zu fördern sei; darum sei er noch wie vor für Fachkammern, stehe aber dem Antrag Trimborn freundlich gegenüber, um nicht den außenstehenden Arbeitern neuen Stoff zu Unruhe zu bieten; er wünsche endlich Ruhe. Wissell (Soz.) bekennt, daß diese Fachkammern nie eine geeignete Interessenvertretung der Arbeiterschaft werden können; sei das nicht beabsichtigt, dann müsse ihren Wünschen Rechnung getragen werden. Er kritisiert vor allem das Planlose der Regierung beim Aufbau der sozialen Gesetzgebung. Staatssekretär v. Stein hob hervor, daß die Regierung allerdings keine einseitige Arbeitervertretung anstrebe, sondern eine Einrichtung, die zwischen Arbeitgebern und Arbeitern den Gedanken der Arbeitsgemeinschaft fördere.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

151. Sitzung, Mittwoch, 5. Juni, 12 Uhr.

Am Ministertisch: v. Eisenhart-Rothe.

Die Beratung des Gestütsetats wird fortgesetzt, sodann folgt die Beratung des Kulturetats.

Ein Antrag des Abg. D. Traub-Dortmund wünscht Einstellung von 60000 M. in den Etat zur Förderung geschichtlicher Vorlesungen über Politik, Ausbau der Seminare, Verbesserung des staatsbürgerlichen Unterrichts, Förderung der Einheitskurzschrift u. a. m.

In der allgemeinen Besprechung lehnen es zunächst die vorgemerkten Redner ab, vor leeren Bänken zu sprechen.

Abg. Haenisch (Soz.):

Dem konservativen Bedauern über den Rücktritt des Ministers v. Trott zu Solz können wir uns nicht anschließen. Seine Verwaltung war reaktionär, erst in der letzten Zeit hat sie etwas eingelenkt. Eine neue Zeit bricht an; trägt der neue Minister Ihren Notwendigkeiten nicht Rechnung, so werden wir ihn scharf bekämpfen müssen. (Zustimmung b. d. Soz.) Der Friedbergsche Diffidentenkinderantrag wird wohl erst vom Hause des gleichen Wahlrechts erledigt werden! Der Minister hat im Ausschuß erklärt, es sei seine Aufgabe, die Schule frei von Politik und Parteileidenschaften zu halten. Gewiß ist es ein Unfug, die Schuljugend in eine bestimmte politische oder religiöse Richtung hineinpressen zu wollen, aber das lag ja gerade in Ihrem Sinne! (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Schule der Zukunft muß eine andere sein. Der vielgelästerte „Kriegssozialismus" hat Deutschland gerettet. Wenn es uns nicht besser geht, so liegt das an der mangelhaften Anwendung sozialistischer Wirtschaftsgrundsätze und an dem völligen Fehlen volkswirtschaftlicher, technologischer und praktischer Vorbildung unserer Beamten. In der kommenden Zeit des Wiederaufbaus, der Monopole, der Demokratie und des Ueberganges vom Kapitalismus zum Sozialismus brauchen wir anders vorgebildete Beamte. Geben Sie dem Volk größere politische Rechte, damit für die kommenden ungeheuren Anforderungen alle Volkskräfte mobil gemacht werden können. Die Ausleese der Tüchtigsten, die wir bisher nur auf militärischem Gebiet hatten, auf dem einzigen, wo das deutsche Volk das Höchste geleistet hat, die müssen wir auch auf politischem

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180606-11/fragment/page=0002

und wirtschaftlichem Gebiet erreichen. Dazu muß uns eine große Reform unseres ganzen Schulwesens verhelfen. Heute zeigt es ein unorganisches Durchmander. Das ganze Schulwesen muß eine einheitliche Leitung haben, eine Schulgesetzung muß organisch aus der anderen hervorgehen, die ganze öffentliche Meinung muß von dem Bewußtsein durchdrungen sein, daß Hand- und Kopfarbeit sozial gleich notwendig und darum auch gleichwertig sind. Alle Schulen bis zur höchsten müssen jedem Befähigten offen stehen. Die Grundbegriffe der Volkswirtschaft müssen schon auf der Unterstufe gelehrt und die Wirtschaftskunde systematisch weitergegliedert werden bis zu einer Ausbildungsanstalt für praktische Volksmirte. Die Kinder sind auch körperlich zu erziehen, die gesundheitlichen Gefahren ihnen beizubringen. Die neue Schule soll dazu erziehen, die ganze Kraft einzusetzen für die großen sozialen und politischen Notwendigkeiten der Zeit. Möge der neue Minister bald einer Schulkonferenz von Schulmännern, Politikern, Volkswirtschaftlern und Vertretern des praktischen Lebens ein großzügiges Reformprogramm unterbreiten! Das alles wird nationale vaterländische Arbeit im besten Sinne sein. Geben Sie uns das freie Wahlrecht, das uns aus einem ohnmächtigen Häufleein zu einer großen Partei macht und Sie werden sehen, wie positiv wir „Bürgerlichen" arbeiten werden zum Besten des ganzen Volkes und Staates. (Lebh. Zust. b. d. Soz.)

Abg. Graue (Fr. Vp.): Die einzig wahrhafte Sicherung zum allgemeinen Wahlrecht heißt Volksbildung. Wir lehnen die konfessionelle Schule ab.

Abg. Heusel (Kons.): Den Kriegssozialismus haben wir satt, das Volk sehnt sich nach persönlicher Freiheit. Was lesten die Sozialisten im Reichstag? (Unruhe bei den Soz.) Die Religion muß dem Volke erhalten bleiben. Das Reformationsjubiläum hätte würdig gefeiert werden müssen.

Weiterberatung Donnerstag 11 Uhr. — Schluß 4½ Uhr.

Aus dem Preußischen Abgeordnetenhause.

Die vierte Lesung der Wahlrechtsvorlage wird nach einem Beschluß des Seniorenkonvents am Dienstag, den 11. d. M., erfolgen. Sollte sich in dieser Abstimmung eine Aenderung gegenüber den bisherigen Beschlüssen ergeben, so ist als Termin für die dann erforderliche fünfte Lesung der 4. bzw. 5. Juli in Aussicht genommen. Was die Kompromißverhandlungen betrifft, so wird freilich zwischen der Rechten und dem rechten Flügel der Nationalliberalen eifrig verhandelt, aber aller Wahrscheinlichkeit nach wird es zu einem für die Regierung und für die Linke annehmbaren Kompromiß nicht kommen. Es wird sich nur darum handeln, die in dritter Lesung durch Streichung des § 3 geschaffene Lücke auszufüllen.

Das Plenum des Abgeordnetenhauses erledigte am Mittwoch den Etat der Gestütsverwaltung und einen konservativen Antrag auf Regelung des Kostenverkehrs auf dem Lande. Den dritten Punkt der Tagesordnung bildete die zweite Lesung des Kultusetats. Beinahe wäre dieser wichtige Etat ohne jede Debatte erledigt worden. Weil die Redner nicht genügend vorbereitet waren, und mit Rücksicht darauf, daß das Haus ungewöhnlich schwach besetzt war, verzichtete einer der bürgerlichen Redner nach dem andern auf das Wort.

Gen. Haenisch schilderte in einstündiger Rede die gewaltigen Aufgaben, die durch den Krieg in Zukunft an das Volk in bezug auf unser Schulwesen gestellt werden. Hienisch entwickelte kein spezielles Schulprogramm, sondern gab nur einige wesentliche Stichworte. So verlangte er u. a., daß unser ganzes Schulsystem von einem einheitlichen Gedanken beseelt, und daß die eine Schulgattung sich aus der andern entwickeln müsse. Es sei notwendig, daß die Grundbegriffe der Volkswirtschaft und Staatslehre schon in der Unterstufe systematisch gelehrt werden. Um alle diese Reformen zu erreichen, müsse unbedingt den Sozialdemokraten Gelegenheit zur Mitarbeit gegeben werden. Das sei aber nur möglich durch Beseitigung des Dreiklassenwahlsystems und seinen Ersatz durch das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht. Wenn den Sozialdemokraten Gelegenheit gegeben wird, sich zu betätigen, dann würden sie gezeigt, was sie leisten können, und den Vorteil davon hätte unsere Schule und mit ihr das gesamte Volk und der Staat.

Die Beratung des Kultusetats wird am Donnerstag fortgesetzt.

•

Die sozialdemokratischen Anträge zum Kultusetat haben folgenden Wortlaut:

1. die baldige Errichtung von allseitig und vollständig ausgebauten volkswirtschaftlichen Arbeits- und Ausbildungsanstalten mit aller Kraft zu fördern,

2. schon vom Haushalt 1917 an den grundlegenden staatswissenschaftlichen Unterricht an den Universitäten durch den Ausbau der staatswissenschaftlichen Seminare zu Instituten mit praktischer Lehrmittelausstattung u. durch Vervollständigung des Lehrkörpers in den allgemeinen staatswissenschaftlichen Fächern (neben 2 volkswirtschaftlichen Ordinariaten (z. B. Sozialpolitik, Finanzwissenschaft, Statistik, Privatwirtschaftslehre, Technologie, politische Staatslehre, allgemeine Gesellschaftslehre) zeitgemäß zu entwickeln,

3. in den Haushalt für 1919 als Beginn des Ausbaues der Rechtswissenschaftlichen Seminare, deren Sachhaushalt zu verdreifachen,

4. bereits im Rechnungsjahre 1919 die infolge des Krieges unterbrochene Einstellung eines zweiten staatswissenschaftlichen Ordinariats für alle Universitäten durchzuführen.

•

Die Einführung der allgemeinen Pflichtfortbildungsschule fordert ein freikonservativer Antrag. Er ersucht die Regierung, baldigst nach dem Kriege dafür zu sorgen, daß

1. die allgemeine Pflichtfortbildungsschule mit staatsbürgerlichem Unterricht für alle jungen Leute bis zum vollendeten 17. Lebensjahr eingeführt wird,

2. die Einrichtungen für die militärische Vorbildung der Jugend (Jugendkompagnien) überall als Zwangseinrichtungen für das Alter von 16 bis 20 Jahren durchgeführt werden.

Der Antrag wird mit dem Kapitel Elementarunterrichtswesen des Kultusetats gemeinsam debattiert werden.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 5. Juni.

Beim Reichskanzler fand eine Besprechung der Parteiführer des Reichstages statt, die sich um den Frieden mit Rumänien drehte. —

Es kann jetzt als ausgemacht gelten, daß der Zentrumsabgeordnete Fehrenbach zum Präsidenten gewählt wird. Um der Sozialdemokratie eine Vertretung im Präsidium einzuräumen, wird noch ein dritter Vizepräsident gewählt werden, und um Rangstreitigkeiten zu vermeiden, sollen die Vizepräsidenten gleiche Rechte haben. So würde die Sozialdemokratie zu ihrem Rechte kommen, ohne daß die Nationalliberalen zurückgesetzt werden. Ein Vorschlag der Germania, vier Vizepräsidenten zu wählen, um auch konservative Wünsche zu befriedigen, hat natürlich keine Aussicht auf Erfüllung. —

Die Präsidentenwahlen werden am Donnerstag vorgenommen.

Preußische Steuerfragen.

Die Tägliche Rundschau brachte die Mitteilung, der preußische Finanzminister werde im Herbst eine Novelle zur Einkommensteuer vorlegen, die eine Milliarde Mark bringen solle. Dazu bemerkt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung aus offenbar nicht offiziöser Quelle:

„Bei der Höhe der von der Täglichen Rundschau angegebenen Summen fragt es sich zunächst, ob es sich um eine laufende oder nur um eine einmalige Abgabe handeln soll. Die Höhe läßt darauf schließen, daß höchstens eine einmalige Abgabe bei einer solchen Summe in Frage kommen könnte. Der preußische Staatshaushalt für 1918 hat als Ertrag der Einkommensteuer 679, als Ergebnis der Ergänzungssteuer 85, zusammen 764 Millionen angenommen. Eine Milliarde weiterer Steuern würde also zu weit mehr als einer Verdoppelung der bisherigen Belastung führen. Eine solche Summe laufend jährlich aufzubringen, erscheint aber von vornherein unmöglich. Doch auch zu einer einmaligen Abgabe in dieser Höhe liegt nicht die geringste Veranlassung vor. Als Grund könnte für eine solche einmalige Besteuerung überhaupt nur das Bedürfnis zur Abbürdung einer außergewöhnlichen Schuldenlast des Staates in Betracht kommen. Nun ist zwar bei den Staatshaushaltsverhandlungen bekannt geworden, daß die schwebenden Schulden Preußens mehr als zwei Milliarden betragen. Gleichwohl wird niemand auf den Gedanken kommen, daß davon eine Milliarde alsbald durch eine einmalige Besteuerung abgebürdet werden müßte."

Deutscher Heeresbericht vom 5. Juni.

wtb. Großes Hauptquartier. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Erfolgreiche Vorstöße in Flandern brachten Gefangene ein. An der ganzen Front hielt rege Erkundungstätigkeit an. Der Artilleriekampf lebte vorübergehend auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

In Erweiterung unserer Erfolge auf dem Südufer der Aisne warfen wir den Feind auf Ambleny-Cutry zurück und nahmen seine Stellungen nördlich von Dommiers. Oertliche Kampfhandlungen beiderseits des Ourcq-Flusses. Im übrigen ist die Lage unverändert.

Leutnant Löwenhardt errang seinen 26. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Aus der Provinz.

Landwirte und Heeresbedarf.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen gibt folgendes bekannt:

Der Mangel an Hartfutter für die Frontpferde erforderte zu Anfang dieses Monats einen neuen schweren Eingriff in die knappen, noch in Privathand befindlichen Bestände der Heimat.

Im Vertrauen auf die bisher so oft glänzend bewährte Opferwilligkeit der Bevölkerung haben die verantwortlichen Vertreter der allgemeinen Staatsverwaltung der Regierungsbezirke Magdeburg und Merseburg unter meiner Leitung den Herrn Stellvertretenden Kommandierenden General des IV. Armeekorps einstimmig gebeten, diese Hartfuttermengen nicht im Wege der Beitreibung, sondern durch Anrufung der Gebefreudigkeit der Bevölkerung zu beschaffen. Seine Exzellenz hat dankenswerterweise dieser Bitte unter der Voraussetzung stattgegeben, daß der Korpsbezirk mindestens 30 000 Zentner Hafer und Hülsenfrüchte zur Verfügung der Proviantämter stelle.

Nach dem gegenwärtigen Stande der Aufbringung in dem beteiligten preußischen Staatsgebiete des Korpsbezirks darf ich annehmen, daß das Aufbringungssoll voll gedeckt werden wird.

Ich spreche deshalb allen, welche bisher in der Provinz Sachsen zur Deckung dieses neuen dringenden Heeresbedarfs beigetragen haben und noch ferner dazu beitragen werden, meinen Dank und Anerkennung aus. Die Tatsache, daß die Ablieferungen zum großen Teile schon zugesagt waren, bevor die Erhöhung des Ablieferungspreises auf 600 M. je Tonne ausgesprochen war, beweist mir, daß der schöne Erfolg als Beweis ungeminderter Opferfreudigkeit der Bevölkerung allen Geboten der Stunde gegenüber gewertet werden darf.

•

Die „schlemmenden" Munitionsarbeiter.

Eine recht kräftige, aber nur zu sehr angebrachte Tracht Prügel verabreicht die Zeitschrift „Die Verbrauchswirtschaft im Kriege" jenen hochmögenden Herrschaften, die nicht müde werden, immer wieder von den „schlemmenden", ihre „hohen Löhne" nur so hervorprassenden Munitionsarbeiter zu schwatzen. Sie schreibt:

Gewisse Kreise, darunter die deutsche Tageszeitung, können es nicht unterlassen, Stadt und Land in einen liebesdauerlichen Gegensatz zu bringen. Weil man dem Arbeiterstande, der im Kriege seine Pflicht erfüllt, nichts am Zeuge flicken kann, müssen immer wieder „die hohen Löhne der Arbeiter" zur Verhetzung herhalten oder auch zur Begründung von Wucherpreisen bei Landwirtschaft und Handel.

In Nr. 228 schreibt die Deutsche Tageszeitung: „Die durch die Teuerung verursachte Notlage scheint für manche Kreise noch recht erträglich zu sein oder zu unsinnigen Ausgaben zu verführen." Man sollte glauben, unter den „manchen Kreisen" wären die Kriegsgewinnler zu verstehen, die Millionengewinne einheimsen und ihr Geld in Gold und Brillanteen, Bildern usw. anlegen, oder die Landwirte, die die Notlage des Volkes benutzen, um unerhörte Kapitalien aufzuspeichern. Doch nichts davon. Die Arbeiter sind damit gemeint. Und als Beweis dienen: Zunahme des Theaterbesuches, erhöhter Verbrauch von teurem Schaumwein und Steigerung der Rennwetten. Aber das genügt nicht. In Nr. 228 holt dasselbe Blatt, dem die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte nie hoch genug sein können, noch etwas nach. „Die Arbeiter" seien in der Lage, „sich Gänse, Butter, Schinken zu Ueberpreisen zu leisten, teuren Rotwein zu kaufen, Anzüge für 300 M. zu bestellen" usw. In einer Berliner Munitionsfabrik wurden „gelegentlich Festabende mit Tanz veranstaltet, zu denen die Arbeiter einen Geldzuschuß von 20 Mark erhalten". Schlußrefrain: „Daraus erhellt ohne weiteres die soziale Lage in gewissen Arbeiterkreisen." Das Blatt nennt keinen Namen der Fabrik, weshalb wir die Behauptung nicht nachprüfen können. Aber diese Verallgemeinerung spottet doch aller Beschreibung.

Bezahlt etwa der Arbeiter (die paar, die das können, sind im Handumdrehen gezählt) Gänse, Schinken und Butter zu Ueberpreisen, weil es ihm Freude macht? Er tut es lediglich, weil die festgesetzte Ration nicht bei der angestrengten Tätigkeit zum Lebensunterhalt ausreicht, er bezahlt es doch, weil viele Landwirte die Produkte zu normalen Preisen nicht abliefern, sondern erst warten, bis ihnen Schleichhändler und Leute, die sich in Not befinden, Wucherpreise bezahlen. Und wenn Anzüge bis zu 300 M. gekauft werden, so geschieht es deshalb, weil billiger keine mehr zu haben sind, und der Arbeiter an glühenden Feuern, im Bergwerk, in der öl-, gas- und säuregeschwängerten Luft der Fabrik mehr Kleider gebraucht, als sich manche Kreise vorstellen, die noch keine Schwielen an den Händen haben.

Wie man auf dem Lande lebt, ist bekannt. Wir haben, so schreibt der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen, genügend gehört aus Ostpreußen, Mecklenburg, Bayern, Pommern usw. Vielleicht begibt sich der Redakteur der Deutschen Tageszeitung einmal ins Hotel Adlon, in den Kaiserhof oder auch in andere Berliner erstklassige Hotels, in denen keine Arbeiter verkehren, da kann er sehen, wie die Herren Großindustriellen und Großagrarier zum Frühstück Butter pfundweise und Eier dutzendweise auspacken und ihre faden Witze bald über die verabreichte Marmelade machen. Uns sind schon genügend Proteste darüber zugegangen. Man kann auch die Beobachtung in Dörfern machen, in denen keine Arbeiter sind. Die Konsumkraft des Selbstverbrauchs usw. hat also andere Ursachen.

Nun schreibt die Deutsche Tageszeitung weiblich zu sein, daß die vielen Zehntausend beim Sektrinken, in Theatern usw. nicht mehr wie früher ganz unter sich sind, sondern sich jetzt auch einmal ein Arbeiter einfindet, der besser verdient, vielleicht keine Familie hat, der infolge des Ruhens des Vereinslebens, der Tanzlustbarkeiten usw., angelockt durch das Beispiel der Kriegsgewinnler und Großagrarier, sich auch einmal „etwas leisten will". Vor Verallgemeinerungen sollte man sich aber hüten. Man müßte sonst noch deutlicher werden.

Merseburg. Die Ausgabe von Butter und Margarine erfolgt Sonnabend, 8. Juni. Es werden zugeleilt: an die Kunden der Verkaufsstellen 1 bis einschl. 7 (Albert Vogel, Fischer, Kötteritzsch, Frahnert, Kunede und Konsumverein-Lauchstedter Str.) auf jede gewöhnliche Fettmarke um auf jede Zusatzfettmarke 50 Gramm Butter zum Preise von 31 Pf; an die Kunden der Verkaufsstellen 8 bis einschl. 14 (Teichmann, Schulz, Kretzschmar, Näther, Schanze, Konsumverein An der Geisel, Trommer) auf jede gewöhnliche Fettmarke 50 Gramm Margarine zum Preise von 22 Pf. und auf jede Zusatzfettmarke 50 Gramm Butter zum Preise von 31 Pfennig.

Merseburg. Schwer bestraft. Die Arbeiterin Wilhelmine Mengthur wohnte im März bei einer Freundin in Merseburg, die in Aftermiete war. Am 28. März hat sie mit einem falschen Schlüssel die Wohnung geöffnet, außerdem mit einem Schlüssel, der sich in der Wohnung befand, auch noch einen verschlossenen Schrank, aus dem sie 26 M. bares Geld entwendete. Jetzt bestand vor die Strafkammer in Halle gestellt, wurde die geständige Angeklagte unter Versagung mildernder Umstände antragsgemäß zu einer Zuchthausstrafe von 2 Jahren verurteilt, worauf 2 Monate der Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet wurden. Auch wurde auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren erkannt.

Bitterfeld. Neue Brotkarten. Von Montag, 10. Juni an, treten neue Brotkarten, Brotzusatzkarten und Weißbrotkarten in Kraft. Die Brotkarten bestehen aus gelbem Karton, die Zusatzkarten aus weißgrauem, die Weißbrotkarten aus blauem Karton, und sind sämtlich mit blauserbigem Untergrunddruck in Form eines Polers versehen. Die alten Karten verlieren mit dem genannten Tage ihre Gültigkeit. — Die Meldungen über den angeblichen Verlust, und infolgedessen Anträge auf Ausstellung von Doppelausfertigungen der Brotscheine haben in letzter Zeit überhand genommen. Der Magistrat weist deshalb darauf hin, daß in Zukunft Brotscheine nur bei wirklich nachgewiesenem Verlust und gegen Zahlung von drei Mark, die der Kriegersammlung zufließen, ersetzt werden.

— Heimliches Verbuttern. Der Provinzialfettstelle ist es aufgefallen, daß im hiesigen Kreise die Grünfütterung nicht in einer erhöhten Ablieferung von Milch ihren Ausdruck findet. Sie vermutet deshalb, daß auch in denjenigen Betrieben, die an eine Molkerei angeschlossen sind, verbotswidrig gebuttert wird. Der Kreisausschuß wird deshalb in Kürze eine allgemeine Revision der Betriebe durchführen. Mit Rücksicht auf die jetzt herrschende, überaus große Fettnot ist er gezwungen, hierbei zutage tretende Unregelmäßigkeiten zur Anzeige zu bringen. Sollten einzelne Betriebe vorhanden sein, in denen etwa amtliche Verschlüsse von Zentrifugen und Buttersäßern „durch irgendwelche äußere Umstände" entfernt worden sind, so haben sie dies innerhalb 3 Tagen der zuständigen Ortspolizeibehörde zu melden, die die Neuversiegelung veranlassen wird. In diesem Falle soll von einer strafrechtlichen Verfolgung ausnahmsweise abgesehen werden. — Weiterhin wird vielfach die Ansicht vertreten, daß Kuhhalter, die die von ihren Kühen erzeugte Milch einer Molkerei liefern, durchweg als Fettselbstversorger zu gelten haben. Dies trifft nur insoweit zu, als aus der zur Ablieferung gebrachten Milch die gesordnete Menge Butter hergestellt werden kann. Kuhhalter, die nicht so viel Milch zur Abgabe bringen, als zu der von ihnen als Selbstversorger beanspruchten Menge Butter benötigt wird, erhalten gemäß Anordnung der Provinzialfettstelle in Magdeburg im Höchstfalle nur die Menge Butter, die aus der abgelieferten Milch herzustellen ist. Kuhhalter, die keine Milch abliefern, sind nur als Versorgungsberechtigte anzusehen.

Wittenberg. Jugendliche Brandstifterin. Am 2. April trat bei dem Pfarrer Herzog in Gutzsch die 1904 in Kleinwittenberg geborene Martha Bühnemann als Dienstmädchen in Stellung. Da ihr aber diese Stelle nicht zusagte, versuchte sie alles möglichen, um wieder fortzukommen, und kam schließlich auf den unseligen Gedanken, die Pfarre in Brand zu setzen. Zu diesem Zwecke sammelte sie alle Zeitungen, stapelte diese an geht verschiedenen Stellen im Hause, in der Wohnstube, in den Ställen und auf dem Hausboden, auf und zündete diese Stöße an. Zum Glück aber wurde der Anschlag rechtzeitig entdeckt, so daß der Plan vereitelt wurde und nur ein geringer Schaden an einem Balken entstand. In der jetzigen Verhandlung vor der Strafkammer gab die Beklagte die Tat zu. Sie wurde in Anbetracht dessen, daß sie in ihrer Entwicklung geistig zurückgeblieben ist, mit einem Jahr Gefängnis bestraft.

— Betrügerischer Lohnschreiber. Von der Strafkammer wird berichtet: Dem 1899 in Plauen im Vogtlande geborenen, jetzt in Kleinwittenberg wohnhaften Arbeiter Otto Alfred Zeh wurde vorgeworfen, sich der Urkundenfälschung und des Betruges schuldig gemacht zu haben. Der Beklagte, der in den Sprengstoffwerken Arbeit gefunden hatte, wurde infolge seiner Beschäftigung als Lohnschreiber beschäftigt. Diese Beschäftigung benutzte der Beklagte dazu, bei der Eintragung für sich eine höhere Stundengeld einzutragen, so daß es ihm möglich wurde, sich von den Werken 50.90 M. mehr auszahlen zu lassen, als er wirklich verdient hatte. Mit welchem Raffinement der Beschuldigte zu Werke gegangen ist, geht daraus hervor, daß er die Bücher erst fälschte, nachdem sie sämtliche Kontrollen passiert hatten, oder bevor sie in das Rechnungsbureau kamen und ehe die Lohnzettel ausgeschrieben wurden. Für diese Tat wurde der geständige Angeklagte mit 4 Monaten Gefängnis bestraft.

Aus aller Welt.

Großer Waldbrand. Basel, 5. Juni. Nach einer Meldung des Matin ist in einem für die Armee bestimmten Waldkomplex bei Fontainebleau ein Brand von außerordentlicher Heftigkeit ausgebrochen. 300 Hektar sollen in Brand stehen.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Gisrup. Von Freitag an auf Marke 184 des Warenbezugsscheins 16 jede Person 200 Gramm zum Preise von 50 Pf. das Pfd.

Kondensierte Milch. Freitag vormittag von 8—12 Uhr Nr. 9001—13500, nachmittags von 2—6 Uhr Nr. 13500—18000 der Lebensmittelscheine in der Talamischule. Einzelpersonen erhalten eine Flasche kondensierte Vollmilch zum Preise von 1.25 M., Haushaltungen bis 3 Personen eine Dose kondensierte Milch zum Preise von 1.25 M., Haushaltungen von mehr als 3 Personen zwei Dosen kondensierte Magermilch.

Kaffee-Ersatz. Freitag vormittags von 8—12 Uhr Nr. 9001 bis 13500, nachmittags von 2—6 Uhr Nr. 13501—18000 der Lebensmittelscheine in der Talamischule. Jede Person ½ Pfund zum Preise von 1.80 M.

Magermilch. Freitag von mittags 12 Uhr an auf Abschnitt 6 des Einkaufsscheines über Molkereiprodukte bei den Milchhändlern Häusler, Große Gosenstraße 21, Meinhardt, Große Brunnenstraße 36 und Jesch, Große Brunnenstr. 16 Jede Person ½ Liter zum Preise von 12 Pf. Zugelassen sind die neuen Lebensmittelscheine Nr. 40001—52800.

Quark. Freitag auf Abschnitt 6 des Einkaufsscheins über Molkereiprodukte bei den Milchhändlern Rinck, Goethestr. 18, Kötzschke, Brandenburger Straße 10 und Drechsler, Talstraße 2. Jede Person ½ Pfund zum Preise von 37 Pfg. Zugelassen sind die neuen Lebensmittelscheine Nr. 30001 bis 65000.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180606-11/fragment/page=0003

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die im Rechnungsjahre 1917 aufgekommene Warenhaussteuer wird zur Deckung der Gewerbesteuer der untersten drei Stufen der Gewerbeklasse IV verwendet.

Gewerbesteuer für 1918 wird daher von den zu 4, 8 und 12 M. staatlicher Gewerbesteuer veranlagten hiesigen Gewerbetreibenden nicht erhoben.

Halle, den 29. Mai 1918. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung über Sicherung einer Umsatzsteuer auf Luxusgegenstände.

Vom 2. Mai 1918. (R.-G.-Bl. Nr. 62, Jahrg. 1918).

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1.

Zur Sicherung einer Umsatzsteuer auf Luxusgegenstände ist bei der Lieferung folgender Gegenstände im Kleinhandel eine Rücklage zu bilden:

1. Edelmetalle, Perlen, Edelsteine, einschließlich synthetischer Edelsteine, sowie Gegenstände aus oder in Verbindung mit diesen Stoffen, einschließlich der mit Edelmetallen doublierten Gegenstände. Bei Gegenständen, die aus den im Satze 1 genannten Stoffen und anderen Stoffen zusammengesetzt sind, ist der wertvollere Bestandteil für die Verpflichtung zur Rücklage maßgebend.

   Die Verpflichtung zur Rücklage tritt nicht ein bei der Lieferung von Taschenuhren mit silbernen Gehäusen und versilberten und mit Silber plattierten Gegenständen; ferner nicht von Edelmetallen sowie Gegenständen aus oder in Verbindung mit Edelmetallen und von gefaßten Steinen, sofern die Edelmetalle und diese Gegenstände zu technischen Zwecken bestimmt sind;
2. Werke der Plastik, Malerei und Graphik sowie Kopien und Vervielfältigungen solcher Werke, sofern das Entgelt für die Lieferung dreihundert Mark überschreitet.

   Die Verpflichtung zur Rücklage tritt nicht ein bei der Lieferung von Originalwerken der Plastik, Malerei und Graphik deutscher lebender oder innerhalb der letzten fünf Jahre verstorbener Künstler, die unmittelbar von dem Künstler oder nach seinem Tode von seinem Ehegatten, seinen Abkömmlingen oder seinen Eltern oder durch Verkaufs- oder Ausstellungsverbände von Künstern vertrieben werden. Die Frist von fünf Jahren wird vom Abschluß des Umsatzgeschäfts über das Werk ab gerechnet;
3. Antiquitäten, einschließlich alter Drucke, und Gegenstände, wie sie aus Liebhaberei von Sammlern erworben werden, sofern diese Gegenstände nicht vorwiegend zu wissenschaftlichen Zwecken gesammelt zu werden pflegen.

Als Lieferung im Sinne des Abs. 1 gilt auch die Entnahme der Gegenstände aus dem eigenen Betriebe zu Zwecken, die außerhalb der geschäftlichen Zwecke des Unternehmers liegen, und die Lieferung auf Grund einer Versteigerung, auch wenn der Auftraggeber eine selbständige geschäftliche Tätigkeit nicht ausübt, es sei denn, daß die Versteigerung im Wege der Zwangsvollstreckung oder unter Mitwirkung zum Zwecke der Teilung eines Nachlasses stattfindet.

Bei der Feststellung, ob das Entgelt für die Lieferung den in Nr. 7 angegebenen Betrag überschreitet, ist von dem Entgelt für die Lieferung jedes einzelnen Gegenstandes auszugehen, es sei denn, daß mehrere auf einmal entnommene Gegenstände nach dem Zwecke, für den sie bestimmt sind, nach der Verkehrsanschauung oder nach der Bestimmung des Veräußerers nur zu einem Gesamtpreis gemeinsam geliefert sind; im Falle der Entnahme aus dem eigenen Betrieb ist das Entgelt maßgebend, das für Gegenstände der gleichen Art am Orte und zur Zeit der Entnahme aus dem eigenen Betriebe von Personen, welche die Gegenstände nicht zur gewerblichen Weiterveräußerung erwerben, gezahlt zu werden pflegt (Kleinhandelspreis).

Als Lieferung im Sinne der vorstehenden Bestimmungen sind auch Lieferungen aus Verträgen über die Bearbeitung und Verarbeitung von Gegenständen anzusehen, wenn der Unternehmer das Wert aus Stoffen, die er zu beschaffen hat, herstellt und es sich bei diesen Stoffen nicht nur um Zutaten oder Nebensachen handelt.

§ 2.

Die Verpflichtung zur Rücklage liegt demjenigen ob, der Lieferungen der im § 1 bezeichneten Art ausführt.

Bei Personenvereinigungen haften die Vorstände oder Geschäftsführer für die Erfüllung der durch diese Verordnung vorgeschriebenen Verpflichtungen als Gesamtschuldner.

Bei Lieferungen auf Grund von Versteigerungen liegen die nach dieser Verordnung bestehenden Verpflichtungen den Versteigerern ob; diese sind berechtigt, einen der Rücklage entsprechenden Betrag vom Versteigerungserlös zurückzubehalten.

§ 3.

Die Rücklage bei den unter § 1 Nr. 1 genannten Gegenständen zwanzig und bei den unter Nr. 2 und 3 genannten zehn vom Hundert der Entgelte, die für Lieferungen der im § 1 genannten Art vereinnahmt werden. Bei der Entnahme aus dem eigenen Betriebe (§ 1 Abs. 2) gilt als Entgelt der Betrag der Selbstkostenkosten.

§ 4.

Die Verpflichteten haben ein Buch zu führen, in das bei jeder Lieferung, die nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung (§ 7) ausgeführt wird, der Tag der Lieferung, der Gegenstand nach der handelsüblichen Bezeichnung, der Betrag des Entgelts, der Tag der Zahlung und der zurückgelegte Betrag einzutragen sind. Das Buch ist dem Beauftragten der für die Erhebung des Warenumsatzstempels zuständigen Stelle jederzeit zur Einsicht vorzulegen.

§ 5.

Die für die Erhebung des Warenumsatzstempels zuständige Stelle kann Einzahlung der Rücklage bei der für die Einzahlung des Warenumsatzstempels zuständigen Kasse verlangen, wenn das Unternehmen eingestellt wird oder Anlaß zu der Annahme besteht, daß die Rücklage ihrem Zwecke entzogen wird.

Gegen die Verfügung der Stelle ist innerhalb zweier Wochen die Verwaltungsbeschwerde gegeben, sie hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 6.

Wer den Bestimmungen dieser Verordnung vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt und dadurch die Erhebung einer Umsatzsteuer gefährdet, wird mit Geldstrafe bis zu dreißigtausend Mark bestraft.

§ 7.

Diese Verordnung tritt am 5. Mai 1918 in Kraft.

Berlin, 2. Mai 1918.

Der Reichskanzler.
In Vertretung
gez. Graf von Roedern.

Die Verpflichteten werden besonders noch darauf hingewiesen, daß nach den Bestimmungen der §§ 4—5 ein Buch zu führen ist, welches alle unter § 4 fallende Lieferungen, die nach dem Inkrafttreten vorstehender Verordnung — 5. Mai 1918 — ausgeführt sind, nachzuweisen hat.

Halle, den 31. Mai 1918.

Warenumsatz-Steuerstelle für den Stadtkreis Halle.

Bekanntmachung.

Die Inhaber von Gastwirtschaften werden aufgefordert, die auf ihren Betrieb entfallenden Zuckermarken und Bezugsscheine für Gas-Kaffee und zwar die Geschäftsinhaber mit den Anfangsbuchstaben A—H, am Donnerstag, dem 6., diejenigen mit den Anfangsbuchstaben J—R, am Freitag, dem 7. und diejenigen mit den Anfangsbuchstaben S—Z, am Sonnabend, dem 8. Juni 1918, vormittags von 8—12½ Uhr im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, II. Obergeschoß, Zimmer 9 abzuholen.

Ein Ausweis ist mitzubringen.

Halle, den 5. Juni 1918. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Gemäß den von der Provinzialstelle für Gemüse und Obst festgesetzten Erzeuger- und Großhandelspreisen werden die Kleinhandelspreise (Höchstpreise) für **Erdbeeren I. Wahl** vom 4. bis 10. Juni wie folgt, für das Pfund festgesetzt:

Erzeugerpreis:	Großhandelspreis:	Kleinhandelspreis:
0.90 M.	1.20 M.	1.50 M.
Sodann vom 10. Juni an auf		
0,70 M.	0.90 M.	1.20 M.
herabgesetzt.		

Halle, den 5. Juni 1918. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Die bisher im zweiten Obergeschoß des neuen Sparkassengebäudes Kleine Steinstraße 8 befindlich gewesenen Diensträume des **Kriegsfürsorgeamtes** (Zimmer 37) und der **Kriegshinterbliebenen-Fürsorge** (Zimmer 28—30) werden vom Freitag, dem 7. Juni 1918, ab

nach dem dritten Obergeschoß daselbst, Zimmer 122 bzw. 115—117 und 121, verlegt.

Die telephonische Verbindung erfolgt nicht mehr durch die Zentrale des Magistrats, sondern durch das städtische Hochbauamt, Sammelnummer 7491. [1247

Der Magistrat.

Soeben erschienen:

Der Mieterschutz

Eine gemeinverständliche Darstellung nach den kriegszeitlichen Bekanntmachungen über

Einigungsämter, Zahlungsfristen Mietfragen und Kriegsteilnehmerschutz

von

Arbeitersekretär **Fritz Henek**

Preis 30 Pf., nach auswärts 40 Pf. gegen Voreinsendung.

Zu beziehen von der

Buchhandlung der Volksstimme

Halle, Gr. Ulrichstraße 27

„Kalztrunk"

Aus der Calciumquelle Hubertusbad, Thale

Bietet, bei den Mahlzeiten getrunken, besten **Ersatz** für den bei der jetzigen Ernährung fehlenden **Kalkgehalt** der Speisen!

Ist das erfrischendste, **gesundheitlich förderlichste Getränk für kranke, schwächliche, nervöse** Konstitutionen!

Ist das geeignetste Getränk gegen **die Krankheiten des Alters** und für **Kinder!**

Bietet **den besten Ersatz für die jetzt fehlenden Getränke!**

Uebertrifft an **Bekömmlichkeit** alle Limonaden, alkoholfreien Getränke und Mineralwasser!

Generalvertrieb für Halle und Umgegend:

Wilhelm Rauchfuß' Brauereien

Fernruf 5827 und 5828 [1213

Stadt-Theater

Freitag, den 7. Juni,
An aug 7,30 Uhr. Ende 10,15 Uhr
Die Försterchrist!
Operette von Georg Sarno
Sonnabend:
Der Troubadour.

Thalia-Theater

Gastspiel des Stadttheater-Personals
Sonntag, den 9. Juni 1918 abends 7½ Uhr: [1249
Meine Frau, die Hofschauspielerin.
Lustspiel von Möller u. Sachs

Eine sorgenfreie Zukunft

was die Ernährung anbelangt, verbürgt der Gebrauch unseres **Dampfeinkochapparates.** Er hat ganz besondere Vorzüge: schließt die Gläser unbedingt fest, garantiert für jahrelanges Frischhalten von Obst, Gemüse und Fleisch, spart bedeutend an Zeit und Brennstoff. [1236

Auskunft umsonst.

Unsere Einkochgläser passen zu jedem vorhandenen Apparat.

C. F. Ritter,

Halle a. S., Leipziger Straße 90.

Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft.

Auf nach Bad Wittekind

zum Konzert der vereinten Männerchöre:

Hallescher Lehrergesangverein, Hallesche Liedertafel, Hallesche Männerliedertafel Sang und Klang, Vaterländische Männergesangvereinigung Halle 1914 und des Stadttheater-Orchesters unter Leitung des Herrn Konservatoriums-Direktors Bruno Heydrich.

Donnerstag, den 6. Juni, abends ½8 Uhr

Vortragsfolge:

1. Vorspiel a. d. Oper Die Meistersinger . . . . . Wagner
2. Chöre mit Orchesterbegleitung:
   a) O Isis und Osiris a. d. Oper Die Zauberflöte . . . . . Mozart
   b) Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre . . . . . Beethoven
3. Ouverture zur Oper Freischütz . . . . . Weber
4. Volkslieder a cappella:
   a) Der gute Kamerad . . . . . Bearbeitung von Silcher
   b) Treue Liebe . . . . . „ „ Silcher
   c) Teure Heimat . . . . . „ „ Kromer
   d) Marsch ins Feld . . . . . „ „ Lewalter

Pause.

5. a) Vorspiel des 3. Aktes a. d. Oper Frieden . . . Bruno Heydrich
   b) Ländliche Hochzeitsmusik a. d. Oper Amen . . . Bruno Heydrich
6. Volkslieder a cappella:
   a) Abend wird es wieder . . . . . Adam
   b) Am Brunnen vor dem Tore . . . . . Schubert-Rudorff
   c) Jägers Abschied . . . . . Mendelssohn
7. Zwei niederländische Volkslieder mit Orchesterbegleitung:
   a) Kriegslied . . . . . Bearbeitung von Kremser
   b) Dankgebet . . . . . „ „ Kremser
8. An der schönen blauen Donau, Walzer . . . . . J. Strauß

Eintrittspreis: 1 Mark

Eintrittskarten sind im Vorverkauf nur an der Abendkasse im Bad Wittekind zu erhalten und ferner im Vorverkauf bei den Hofmusikalienhandlungen Heinrich Hothan und Reinhold Koch. [1246

Bad Wittekind.

Freitag, den 7. Juni, nachmittags 3½ Uhr:
Kur-Konzert
vom [1248
Stadttheater-Orchester,
Leitung: Musikdirektor Karl Röhren.
Eintrittspreise:
Erwachsene 35 Pf., Kinder 20 Pf.
Dauerkarten haben Gültigkeit

Fast neue echte [928
Möbel aller Art
Küchen, Schlafzimmer-Einrichtungen, Nußb.-Schränke, Vertikos, Sofas, Matratzen (große Auswahl) empfiehlt
R. Sachse, Hohenmölsen, Lützener Str. 7.

Lumpen, Knochen, Eisen, Metalle, Papier
kauft
Alb. Bode jun., Große Klausstr. 22.

Konsum- und Sparverein für Merseburg und Umgegend
(E. G. m. b. H.).

Zum sofortigen Antritt wird für **Merseburg** ein **tüchtiger** und **zuverlässiger**

Lagerhalter

gesucht.

Bewerbungen sind schriftlich einzureichen.

1250] **Der Vorstand.**

Knaben-Waschanzüge

einzelne Hosen und Blusen in allen Größen, sehr preiswert. [1123

Knaben-Strohhüte

verschied. Formen in billiger u. großer Auswahl.

Knaben-, Schüler- und Soldaten-Mützen

in verschied. Farben . . . 3.75, 4.75, 65 Pf.

Kaufhaus

H. Elkan, Leipziger Str. 87.

Mehrere kräftige

Arbeiterinnen

stellt ein

Wegelin & Hübner

1233] Aktien-Gesellschaft

Merseburger Straße 153.

Arbeiter, abonniert auf die Volksstimme!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180606-11/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 127. Halle, Donnerstag den 6. Juni 1918. 2. Jahrgang.

Um den Mittellandkanal.

Kundgebung in Halle — Für die Südlinie.

II.

Die Veranstaltung war von mehreren Hundert Vertretern der staatlichen und städtischen Verwaltungen, des Handels, der Industrie, Finanz usw. besucht, an ihrer Spitze der Oberpräsident und der Regierungspräsident der Provinz Sachsen.

Die Eröffnungsworte sprach Oberbürgermeister Rive. Der Krieg habe der Provinz Sachsen neues Leben verschafft und ihr eine Bedeutung gegeben, wie sie nie geahnt worden wäre. Zwar scheine alles nur aus dem Krieg geboren, doch das wesentlichste davon werde dauernd bleiben. Eine der grundlegendsten Bedingungen hierfür sei aber die Herstellung eines Wasserweges, der die Provinz mit dem Westen verbindet. Daran wären auch das Reich, der preußische Staat, die Nachbarstaaten, die Städte usw. stark interessiert. Die vorliegende Veranstaltung solle nun dazu dienen, das gesamte hierfür in Betracht kommende Material der Oeffentlichkeit zur Prüfung zu unterbreiten.

Den ersten Vortrag hielt Geh. Regierungsrat Stegemann über:

die Vollendung des Mittellandkanals.

Der Gedanke, die Weser und Elbe durch eine Wasserstraße miteinander zu verbinden, ist schon Jahrhunderte alt. Dabei sind auch immer schon Unterschiede zwischen bloßem Durchgangsverkehr und Kanalgebietsverkehr, zwischen einer Nord- und Südlinie hervorgetreten. Das ergibt sich von selbst aus der ganzen geographischen Lage der dabei in Frage kommenden Verhältnisse. Der direkte Weg ist die Nordlinie; sie ist auch am billigsten sowohl in der Anlage wie im Verkehr. Aber dagegen spricht zunächst der eine wirtschaftliche Grund, daß es fraglich ist, ob der Kohlenbedarf Berlins auch nach dem Kriege noch vom Westen Deutschlands gedeckt werden wird, ob nicht vielmehr dafür Oberschlesien eintritt und die westfälische Kohle nach den Nord- und Ostseehäfen geht. Weiterhin muß bedacht werden, daß die Provinz Sachsen 57 Prozent der deutschen Kalierzeugung stellt und 10 Prozent der Zuckerproduktion, daß außerdem ihre Bodenbeschaffenheit, Siedelungsstärke, Verkehrsentwicklung usw. die besten Bedingungen einer stark fortgeschrittenen industriellen Entwicklung bieten. Wir dürfen auch nicht glauben, daß nach dem Kriege aus dem Boden herausgeholt werden darf, was immer er nur hergibt. Vielmehr muß Deutschlands Volkswirtschaft recht sparsam wirtschaften und an die Zukunft denken. Und da ist denn von großer Bedeutung, daß die Kohlenschätze der Provinz Sachsen nur noch etwa 80 Jahre, ihre Erze nur noch rund 45 Jahre reichen werden. Aber da kämpfen nun bei dem Streit um Nord- und Südlinie die Techniker gegen die Wirtschaftler, obwohl die technische Seite der Sache, die zugunsten der Nordlinie spricht, ohne Zweifel hinter der wirtschaftlichen zurückzutreten hat. Die Hauptsache ist bei dem Kanalbau immer wieder, daß die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Provinz voll ausgenutzt werden. So findet vom Ostharz schon jetzt eine starke Erzausfuhr nach Oberschlesien statt. Das Bruch bietet bei einer Entwässerung nicht weniger als 21 000 Morgen neues Land, darunter sehr viel guten Ackerboden. Die Talsperren des Bode- und Okergebietes, wie sie vorgesehen sind (10 mit insgesamt 154 Mill. Kubikmeter Wasser), sichern der Industrie 14 000 PS für alle Zeiten, was besonders dann von größter Wichtigkeit ist, wenn die Kohlenvorräte ausgehen. Der Kohlen- und Kalibodau Merzagen alles andere an Bedeutung. Jüdem dürfte auch der Verbindungskanal zur Saale sehr in Frage gestellt sein, wenn die Südlinie nicht ausgebaut würde, da es bei dem Projekt der Nordlinie parallel zur Elbe läuft. An diesem Verbindungskanal hat aber die Saaleschiffahrt das größte Interesse, da sie sonst unausgebildet bleibt, ja, der Mittellandkanal dann eine große Gefahr für sie wird. Schließlich ist die Südlinie auch militärisch von hoher Bedeutung, da Mitteldeutschland fern von allem gefährdeten Aufmarschgelände liegt und seine Beschaffenheit alle Grundlagen zur Entwicklung einer tüchtigen Kriegsindustrie gewährt.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Südlinie

behandelte Herr Dr. Wachler, wobei er zahlreiche Lichtbilder als beweiskräftiges Anschauungsmaterial verwandte. Deutschland hat ein östliches und ein westliches natürliches Wassersystem. Zwischen beiden besteht aber bisher noch keine Wasserstraßenverbindung. Diese soll erst durch den entweder nördlich oder südlich geführten Mittellandkanal geschaffen werden, oder auch durch die geplante mittlere Linie, die den Anfang von der Südlinie und das Endstück von der Nordlinie nimmt. Dabei ist aber die eine wie die andere Linie notwendig, nur daß die Nordlinie als Vermittlerin des direkten Durchgangsverkehrs erst nach der Südlinie gebaut werden darf. Die erste technische Schwierigkeit stellt sich dem Kanal in jedem Falle bei der Elbüberbrückung entgegen, nur daß auch bisher wieder die Südlinie mit festen Stellufern die beste Verkehrsübersicht bietet, während das bei der Nordlinie mit ihrem Ueberflutungsgebiet und dem schlechten Untergrund an den fraglichen Stellen nicht der Fall ist. Die Baukosten betragen bei der Nordlinie mit sämtlichen Stichkanälen 146 Millionen Mark, bei der Mittellinie mit den Stichkanälen und der Elbüberbrückung 169 Millionen Mark, bei der Südlinie 167 Millionen Mark. Die Länge beträgt bei der Nordlinie einschließlich aller Stichkanäle 272 Kilometer, bei der Mittellinie 238, bei der Südlinie 214 Kilometer. Die Zahl der Tarifkilometer, mit den Durchschleußungen usw., das heißt die Zahl der von den Schiffen zu begehlenden Kilometer ihrer Fahrt, beträgt bei der Nordlinie 157, bei der Mittellinie 168, und bei der Südlinie 188. Alles das spielt aber wirtschaftlich keine große Rolle. Die Tonne westfälischer Kohle beispielsweise würde in Berlin beim Transport über die Nordlinie nur um 20 Pfennige billiger sein als beim Transport über die Südlinie. Außerdem führt die Südlinie mitten durch dichtbevölkerte Landesteile, durch die Gebiete eines starken Zuckerrübenbaues, der Gemüsezucht für Konservenindustrie, die Forstwirtschaft usw., vor allem aber durch die reichen Braunkohlengebiete, während von alledem bei der Nordlinie gar nichts vorhanden ist. Kommen doch 50 Prozent der deutschen Betriebe und Arbeiter auf die Provinz Sachsen, werden doch von den jährlich 87 Millionen Tonnen deutscher Braunkohlengewinnung 37 Millionen hier hervorgeholt, und entfallen von der jährlichen Briketterzeugung Deutschlands, die 21 Millionen Tonnen beträgt, doch 7½ Millionen auf diesen mitteldeutschen Teil. Hinzu kommt die mächtige Kaliproduktion, die der Provinz Sachsen 475 Anteile von 1000 verschafft, kommt auch, daß Blei und Eisen in großen Mengen gewonnen wird, so daß sogar schon eigene Hochofenanlagen geplant worden sind, bei denen die Eisenindustrie des Halberstädter Gebietes eine große Rolle spielen dürfte. Und das dürfte zukünftig von um so größerer Bedeutung sein, als die gleichartigen Industriegebiete des Rheinlandes und Oberschlesiens im Kriegsfalle stark gefährdet sind. Weiterhin wird der Kalk- und Zementversand aus dem Harz auf jährlich 250 Millionen Tonnen geschätzt, ist außerdem nicht zu vergessen, daß schon jetzt an der Südlinie entlang Zucker- und Konservenfabriken, Mühlenbetriebe, eine bedeutende Maschinen- und chemische Industrie liegt. Schließlich ist auch von großer Bedeutung, daß der Eisenbahngüterverkehr hier ganz bedeutend zugenommen hat.

Die Schlußworte sprach im Auftrage der Handelskammer der Stadtverordnete Manschewski. Er wies darauf hin, daß früher die Braunkohlenindustriellen mit den Agrariern gegen den Mittellandkanal gewesen sind, daß sich aber jetzt diese Anschauungen gründlich gewandelt hätten. Wieviel leistungsfähiger könnte Mitteldeutschland sein, wenn die Verbindung zwischen Ost und West auf dem Wasserwege vorhanden gewesen wäre! Deshalb sei nun auch die Handelskammer dafür eingetreten, für sie komme aber nur die Südlinie in Frage.

* * *

Dieser Veranstaltung schloß sich am Abend im gleichen Raume eine gleichartige des Halleschen Verkehrsvereins an, die mehr für die breitere Oeffentlichkeit bestimmt war. Hierbei sprach abermals Dr. Wachler, nur daß er nunmehr ausführlicher auf die Halleschen Interessen am Mittellandkanal einging, was er am Nachmittage infolge der vorgerückten Zeit nicht mehr hatte tun können. Schließlich wurde folgende

Resolution

von den Versammelten einstimmig angenommen:

1. Im Interesse der deutschen Volkswirtschaft ist die möglichst baldige Vollendung des Mittellandkanals nötig.
2. Mit Rücksicht auf die Gewinnung der Bodenschätze, auf die vorhandene Industrie und reiche Landwirtschaft, insbesondere aber wegen der Anschlußmöglichkeit kann von den bisher bekannt gewordenen Projekten nur der Ausbau der Südlinie die auch im Interesse der Allgemeinheit nötige Förderung des mitteldeutschen Industriegebiets bewirken; die Nordlinie wie auch die sogenannte Mittellinie haben diese Vorzüge, die im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse bedeutend größer sind als die das reinen Durchgangsverkehrs, nicht, insbesondere ist bei der sogenannten Mittellinie die wirkliche Ausführung des Verbindungskanals nach der Saale als Parallelkanal gar zu ungünstig und teuer für Bau und Betrieb und deshalb völlig unwahrscheinlich. Sobald der Durchgangsverkehr des Mittellandkanals sich soweit entwickelt hat, daß hier für eine besondere Linie nötig wird, ist ein möglichst geradliniger Kanal von Hannover über die Elbe nach dem Plauer Kanal zu führen.
3. Erst durch eine vollwertige technisch leicht mögliche Kanalisierung der Saale mit Anschluß an die Südlinie des Mittellandkanals wird die Saale zu dem durch ihre Lage gegebenen bedeutsamen Gliede des deutschen Wasserstraßennetzes und kann den im Saalegebiet liegenden vielen großen und kleinen Ortschaften neue Entwicklungsmöglichkeiten bringen.

Die Versammlung beschließt daher für die Durchführung dieses großzügigen vaterländischen Projekts sich mit allen Kräften einzusetzen und erwartet von jedem einzelnen seine tatkräftige Mitwirkung.

Halle und Saalkreis.

Halle, 6. Juni 1918.

Wenn der Kuckuck ruft.

Den Kuckuck, den im allgemeinen scheuen Waldvogel, hören wir jetzt oft zwar nicht in den Stadtanlagen inmitten der Häuser, aber doch in den größeren Waldanlagen draußen am Stadtrande. Und wenn es wahr wäre, daß gemäß dem alten Glauben sein Ruf Regen oder Sturm anzeigt, so müßten wir in letzter Zeit schon längst und ausgiebig dieser himmlischen Segnungen teilhaftig geworden sein. Aber das ist wahr, was es von ihm im alten Volkslied heißt: „Wenn die Nachtigall singt und der Kuckuck schreit — glaube mir, dann ist die schönste Zeit.“ Schöne Frühsommerzeit, in der sein Ruf, der bis Johanni oder höchstens bis Peter und Paul ertönt, uns hinauslocken möchte in üppigen Wald!

Der Kuckuck, der alte Lügner, spielt im Volksglauben eine besondere Rolle. Er galt den Alten als Bote Donars, des mächtigen Wettergottes, der aus dunklen Wolken den zündenden Blitz, aber auch den nährenden Regen herabsendet. Der Zeitgenosse, wenn er beim Kuckucksruf genügend Geld in der Tasche hat, soll daran das ganze Jahr über keinen Mangel haben. Sovielmal nacheinander er des Kuckucks Schrei vernimmt, soviel Jahre wird er noch zu leben haben. Man wälzt sich beim ersten Ruf des Glücksvogels auf dem Rasen, das schützt angeblich vor Kreuzschmerzen; oder man glaubt fünf Jahre vom Glück begünstigt zu werden, wenn man beim ersten Kuckucksruf zufällig niesen muß. Junge Burschen und Mädchen berechnen aus der Zahl der Kuckucksrufe die Zeit ihrer Verheiratung. Alles das sind Ausstrahlungen des Frohgefühls, daß, wenn einmal der erste Kuckucksruf ertönen ist, dann die Herrschaft des Winters endgültig vorüber ist. Denn es ist wohl so, daß der Kuckuck als der erste Lenzesbote unter den Vögeln erscheint. Er nimmt sich Zeit, und erst von Mitte April an ist er da und erhebt seine Stimme, und nicht allzulange. Schon im Juni wird er schweigsamer, und darüber hinaus hört man ihn nur selten. Während dieser Zeit aber um so vernehmlicher und eindringlicher. Ich höre ihn letzthin in heller Nacht noch um die Mitternachtsstunde. Fast mehr noch als das Lied der Nachtigall erweckt der Kuckucksruf das Gefühl der Freude. Der Nachtigallen Sang mag manch einer nach seinem Geschmack wohl ein Geleuse nennen, der frohen Stimmung lauten lustigen Kuckucksruf ertönen zieht sich wohl keiner.

*

Die Ludendorff-Spende.

Von der Kriegsbeschädigtenfürsorge Halle und Saalkreis wird uns geschrieben:

Die Versorgung unserer Kriegsbeschädigten ist in erster Linie Aufgabe des Reichs und muß es bleiben. Das Reich kann und soll in Erfüllung seiner Pflicht keinesfalls durch eine allgemeine Sammlung entlastet werden. Aber auch durch weitherzige gesetzliche Reglung der Rentenfragen kann nicht in jedem Falle so geholfen werden, wie es unserem vaterländischen und sozialen Empfinden entspricht. Sie trägt notwendig etwas Schematisches an sich und ist in ihrer Starrheit außerstande, den Bedürfnis und der Dringlich-

Handel und Wandel.

51] Von F. W. Hackländer.

Nach kurzer Zeit hörten die Angekommenen in der Hausflur eine laute Stimme, welche in tiefem Ton und ziemlich heftig die Worte sprach: „Hat denn die Geschichte solche Eile? Ist es nicht möglich, daß man mich einen Augenblick ruhig an meinen Geschäften läßt, kann denn das neue Subjekt nicht warten?“ und die Sprecherin trat gleich darauf ins Zimmer, eine große rüstige Frau mit einem strengen Gesicht, ziemlich weißem Haar, das unter einer einfachen Haube hervorschaute. An der Schürze trug sie einen mächtigen Schlüsselbund und das Zepter des Ladens, die Elle, hatte sie in der Hand. Der Vetter stellte mich der Prinzipalin, denn diese war es, vor; Madame Stieglitz bot dem Professor einen Stuhl an, die beiden setzten sich, und der Prinzipal und ich wir blieben stehen. Mit aufmerksamem Blick sah mich Madame Stieglitz an und sagte zum Vetter: „Der junge Mensch sieht nicht übel aus, ich hätte mir ihn aber größer und stärker gedacht.“ Sie wandte sich an mich: „Hat Er Lust, den Kaufmannsstand zu erlernen?“ fragte sie barsch, und ich antwortete schlichtern, daß ich mir alle Mühe geben werde, und vorzüglich sei es die Fabrikation der Seidenstoffe, die zu begreifen ich außerordentlich begierig sei. „Was, Fabrikation?“ antwortete Madame Stieglitz, „daran denkt man vorderhand noch nicht, wer einen Stoff erzeugen will, muß ihn vorher genau kennen lernen. Darum zuerst ein paar Jahre die Elle in die Hand genommen und die kleinen Bücher geschrieben! Dann sieht man, ob Fleiß und Betragen danach sind, daß man Ihn auf der Wiegkommer gebrauchen kann; ich verlange Ehrlichkeit, Pünktlichkeit, offene Augen und Gehorsam, das andere findet sich alsdann von selbst.“ — „Ja, das findet sich von selbst,“ wiederholte der Prinzipal.

„Wann wünschen Sie,“ sagte der Vetter, „daß der junge Mensch seinen Dienst antrete; vielleicht zu Mitte dieses Monats? Er kann in diesem Fall die acht Tage bis dahin in meinem Hause zubringen.“

Wie danke ich dem Vetter für die freundliche Aussicht, die er mir eröffnete, noch acht Tage lang frei und in seinem schönen Garten sein zu dürfen! Doch ward die Frau Prinzipalin die Luftschlösser, die ich in Gedanken schnell erbaute, mit einemmal über den Haufen, indem sie sagte: „Was, Mitte eines Monats, Herr Professor? Um etwas Tüchtiges zu lernen, kann man nie früh genug anfangen, und der Kaufmannsstand ist nicht so leicht, wie mancher glaubt; wenn es auch schwerer ist, sich große Wissenschaften anzueignen und gelehrt zu werden, so braucht man doch auch Zeit, um die ungefügigen Stoffe, mit denen wir umgehen, kennen zu lernen und ein Hauptbuch gut und sauber zu führen. Lassen Sie mir den jungen Menschen gleich heute da, wir wollen ihn schon beschäftigen.“ Und der Prinzipal setzte hinzu: „Ja, wir wollen ihn schon beschäftigen.“

Achselzuckend nahm der Vetter seinen Hut, empfahl sich dem Hause Stieglitz und Kompanie und ging eilig davon, nachdem er mir die Hand gereicht.

Mir war das Weinen näher als das Lachen und ich blieb wie angemauert auf meinem Platze stehen; der Prinzipal wurde mit einem bedeutsamen Wink vor die Tür geschickt, und als wir allein waren, hielt mir Madame Stieglitz eine Antrittsrede, die ich in meinem ganzen Leben nicht vergessen will: „Junger Mensch,“ sprach sie, „wir sind allein und das ist gut; denn wenn ich meinen Leuten etwas Unangenehmes zu sagen habe, so braucht es keine weiteren Ohren als die meinigen und die, welche meine Worte hören sollen; aber da wir einmal bei den Ohren sind, so bitte ich, das, was ich jetzt sage, nicht zum einen hinein, zum andern hinausgehen zu lassen, und sich alsdann wohl zu merken, daß ich allen meinen Leuten nur dreimal ernste Worte ins Gewissen spreche: das erstemal beim Antritt, wo es mir wie bei Ihm notwendig erscheint, das zweitemal, wenn die Aufführung nicht so ist, wie ich es vermute und will, und das drittemal, wenn ich jemand fortschicke. Er also ist mir von seinem Oheim und Vormund als ein etwas leichtsinniges und unruhiges Subjekt, das gern dumme Streiche macht, geschildert worden, und man hat mich gebeten, ein aufmerksames Auge auf Ihn zu haben, um den Versuch zu machen, ob es möglich sei, Ihn zu einem brauchbaren Mitglied der menschlichen Gesellschaft heranzubilden. Das will ich getreulich tun, aber helf er mir; Heiterkeit nach getaner Arbeit, die anständig ist und Gott den Herrn nicht beleidigt, ist auch mir nicht zuwider, aber dummes Spaßmachen hasse ich in den Tod; arbeite er fleißig, bete er fleißig, denn ohne Gottes Hilfe ist an das Gelingen eines guten Werkes nicht zu gedenken. Ich tue es auch und fange kein Geschäft an, ohne den Himmel zu bitten, daß er mir Kraft zum Vollbringen desselben geben möge; man muß aber auch aufrichtig fromm sein und nicht bloß scheinheilig und den ganzen Tag tun, als wollte man unsern Herrgott bei den Füßen anfassen. Halte er sich an meinen Buchhalter Specht, das ist ein frommer gottgefälliger Mensch und tut seinen Dienst wie ein redlicher Knecht, der mit seinem Pfunde wuchert und es nicht vergräbt. Komm er jetzt mit mir, wir fertigen gerade die Bilanz und da kann er nach seinen Kräften helfen.“

Voll von der Rede, die mir gehalten und die mir ernst und mahnend, wie die Posaune des Jüngsten Gerichts, in den Ohren geklungen, folgte ich meiner Prinzipalin in das Warenmagazin im obern Stock, wo ich angewiesen wurde, mehrere Stücke Merino und ähnliche Stoffe herunter in den Hof zu tragen, dort auf einen Tisch zu legen und mit einem kleinen Stöckchen derb auszuklopfen. Nachdem das geschehen war, erschien der Prinzipal in höchsteigener Person und zeigte mir, wie man die Elle handhaben müsse; das Stück wurde abgewickelt, gemessen und wieder aufgewickelt; — ein höchst angenehmer Zeitvertreib.

Der Hof, in welchem mir so die Anfangsgründe des Modewarengeschäfts beigebracht wurden, war von allen Seiten mit hohen Häusern umgeben, deren hintern Teil ich mit all den Eingelheiten des Familienlebens vor Augen hatte: an vielen Fenstern flatterte weiße Wäsche, dort zum Trocknen aufgehängt, an andern standen Blumenstöcke, und daß die Pflanzen in denselben hier und da begossen wurden, zeigten lange schmutzige Streifen, die an den Wänden hinabliefen. Die Köchinnen der verschiedenen Leute, welche jene Häuser bewohnten, waren beschäftigt, alle möglichen Sorten von Gemüse zu putzen, und Kartoffelschalen und grüne Blätter fielen hier und da in den Hof. Mit dem schwermütigen Lied einer Amsel, die wahrscheinlich in ihrem Käfig ebenso nach Freiheit seufzte wie ich an meinem Auskloptisch, erschallte das Lied aus der Kehle einer muntern Stubenjungfer und ich mußte ihr: „Meine Ruhe ist hin, mein Herz ist schwer!“ sehr häufig vernehmen. Ueber meinem Haupte sah ich ein Stück des Himmels und das tiefe Blau desselben blickte mich allein tröstend und freundlich an.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180606-11/fragment/page=0005

reit jedes Einzelnen gerecht zu werden. Es bleiben zahlreiche Fälle übrig, bei denen schnellstens geholfen werden muß um Bitten, Not und Verzweiflung abzuwenden. Diese Form nur durch freiwillige Liebestätigkeit geschehen.

Hier setzt die bürgerliche Kriegsbeschädigtenfürsorge ein. Sie will den Kriegsbeschädigten ins Wirtschaftsleben zurückführen, seine Kraft dem deutschen Volksganzen wiedergeben. Ihr umfangreiches Arbeitsgebiet umfaßt Berufsberatung, Berufsausbildung, Arbeitsbeschaffung, ergänzende Heilbehandlung, Ansiedlung, Wohnungs- und Familienfürsorge sowie Geldunterstützung bei besonderer Hilfsbedürftigkeit.

Auf dem großen Nachbargebiet, der Fürsorge für die Kriegshinterbliebenen, sind schon seit Kriegsbeginn gewaltige Summen aus freiwilligen Spenden zusammengeflossen; dank dieser kraftvollen Unterstützung aller Volkskreise verfügt die Nationalstiftung schon über mehr als 100 Millionen Mark für die Witwen und Waisen der gefallenen Krieger.

Den Kriegsbeschädigten bringt das deutsche Volk sicherlich gleich warme Anteilnahme entgegen. Es weiß, was er den Getreuen schuldet, die mit ihrem Leibe die deutsche Scholle gegen den Ueberfall gedeckt, den Krieg weit hinaus in Feindesland getragen und die Heimat vor Verwüstung und Gewaltsat beschützt haben. Heilige Pflicht ist es, denen, die für uns geblutet und gelitten haben, in umfassender Weise zu helfen und überall dort einzugreifen, wo staatliche Hilfe nicht ausreicht, niemals ausreichen kann. Dieses vaterländische Gebot zu erfüllen, ist das Ziel der Ludendorff-Spende.

Als allgemeine Sammlung im ganzen Reich wendet sie sich an jeden Deutschen. Sie wird zugleich der vielbeklagten Zersplitterung der Sammeltätigkeit auf ihrem Gebiet abhelfen.

Die Ludendorff-Spende wird verwaltet von den im Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge vereinigten Organisationen der deutschen Bundesstaaten. Die Spenden fließen grundsätzlich den Landesteilen zu, aus denen sie stammen. Die Sammlung hat bisher über 40 Millionen Mark ergeben.

Gewaltige Summen sind erforderlich. Kein Deutscher darf fehlen; jeder steure bei, soviel in seinen Kräften steht. Es handelt sich um nichts Geringeres als um die Wiedererstarkung und Erhaltung unserer Volkskraft nach den zahllosen Wunden, die der furchtbarste aller Kriege unserem Vaterlande geschlagen.

*

Pilze als Nahrungsmittel.

Am Montag abend fanden im Auditorium maximum der Universität auf Veranlassung des Halleschen Hausfrauenbundes jene zwei öffentlichen Vorträge statt, die wir zu wiederholten Malen angekündigt und zu dringendem Besuch empfohlen haben. Da die hierbei behandelte Frage von außerordentlich großem Interesse für unsere Ernährungswirtschaft ist, so sei nachträglich noch kurz darauf eingegangen.

Zunächst sprach Professor Dr. Klostermann über den Wert der Pilze als Nahrungsmittel. Die Pilze sind bis jetzt noch wenig, und vorwiegend als Genußmittel beachtet worden, während sie im getrockneten Zustande mehr Eiweiß als das Fleisch enthalten und daher wohl als hochwertiges Nahrungsmittel gelten können. Will man die große Masse der eßbaren Pilze der Ernährung zuführen, so bleibt nichts anderes übrig, als sie unter sachverständiger Aufsicht von Lehrern oder Forstleuten zu sammeln und den Gemüse-Trocknungsanstalten zuzuführen, wo sie zu guten Dauerwaren umgearbeitet werden. Um diese Stickstoffquelle, die die Natur uns bietet, für die Gesamtheit des Volkes dienstbar zu machen, müssen staatliche und städtische Körperschaften Pilzberatungsstellen einrichten und das Einsammeln und Trocknen der Pilze nach Kräften organisieren. Der Redner behandelte dann die Gifte der Pilze. Es gibt deren eine ganze Reihe, sie zu isolieren ist sehr schwer, auch ist der Giftgehalt je nach Standort, Jahreszeit Witterung und Klima verschieden. Der beste Schutz gegen Giftpilze liefe sich, wie es bereits in Frankreich, Italien und Japan geschieht, durch Anlegung von Pilzplantagen, Waldern, die mit Pilzen zu besäen sind, Einrichtung von Keller- und anderen künstlichen Kulturen erreichen.

Hierauf sprach Professor Dr. Raebiger über die Verwertung der Pilze unter besonderer Berücksichtigung der als giftig und verdächtig bezeichneten Schwämme. Die Wälder unserer Provinz, Anhalts und des Thüringer Waldes sind außerordentlich reich an Pilzen. Die große Unsicherheit bei der Beurteilung der Giftpilze und die starke Beeinträchtigung, die dadurch das Einsammeln und die Verwertung der Pilze erfahren hat, behandelte der Vortragende in klarer und ausführlicher Weise. Als giftige Sorten bezeichnete er den Knollenblätterschwamm, den Fliegenpilz, den Pantherpilz, den Gift-Reizker, den braunroten Milchling, den Speitenfel, den falschen Pfifferling, den Schwefelkopf den Satanspilz und den Kartoffelbovist. Wenn auch nach Urteilen medizinischer Sachverständiger nicht alle giftigen Pilze ungenießbar sind, so ist doch bei ihrem Genuß größte Vorsicht geboten. Die Pilzforschung hat in den letzten Jahren außerordentlich große Fortschritte gemacht; von ungefähr 200 Arten ehbarer Pilze sind nur fünf wirkliche Giftpilze, deren Genuß unter allen Umständen zu meiden ist. Soweit Vergiftungen vorgekommen sind, hat sich stets nachweisen lassen, daß eine Verwechselung mit den ehbaren Doppelgängern vorlag. Zum Schluß sprach der Vortragende noch über das Sammeln und Konservieren der Pilze. Die eigentliche Pilzernte ist im Juli bis zum Oktober. Man sammle nur bei trockem Wetter und nur gesunde, feste, madenfreie Pilze. Weiterhin ist es ratsam, die Pilze mit größtmöglichster Schonung des verdorgen liegenden Pilzgeflechts zu entfernen; am zweckmäßigsten ist es, sie behutsam abzudrehen. Man genieße die Pilze nicht roh, sondern gut zerkleinert und koche sie nur ½ Stunden oder gesottern Geschirren. Das günstigste, Konserviernngsverfahren ist das Trocknen der Pilze, wozu sich fast alle Arten eignen, mit Ausnahme der Krempflinge, der Reizkerarten, des Kapuzinerpilzes, des Stockschwämmchens, des Butterpilzes, der Ziegenlippe, des Tintenpilzes u. des Leberpilzes. Zum Trocknen nehme man aber nur gute, madenfreie, feste Pilze, die man am besten auf Böden oder Tennen in Scheiben geschnitten trocknet. Wichtig ist ferner die weitere Behandlung der getrockneten Pilze; richtig aufbewahrt, sind sie jahrelang haltbar. Redner empfahl, mit einem guten Merkbuch versehen und guter Führung Pilzwanderungen vorzunehmen, um selbst praktische Erfahrungen zu sammeln.

Die Vorträgende des Halleschen Hausfrauenbundes dankte beiden Vortragenden für die äußerst lehrreichen und aufklärenden Ausführungen und bat die Anwesenden, das Gehörte auch in weitere Kreise hinauszutragen. In der folgenden Aussprache wurden verschiedene Erfahrungen ausgetauscht und Fragen von beiden Vortragenden in bereitwilligster Weise beantwortet.

---

* **Zur freiwilligen Ablieferung von Anzügen** fordert der Magistrat erneut durch folgende Bekanntmachung auf: Bei den Arbeitern in der Rüstungsindustrie, in den Bergwerken, der Landwirtschaft herrscht Not an Oberkleidung. Um durchzuhalten, muß auch diese beschafft werden. Der Deutsche hilft in solchem Falle gerne freiwillig, er tut es aus Pflichtgefühl, ohne staatlichen Zwang. Die Stadt Halle hat mehrere Tausend Anzüge aufzubringen. Die Bürgerschaft Halles wird daher daran erinnert, jeden entbehrlichen, noch tragfähigen Anzug schleunigst an die Altkleiderstelle, Leipziger Str. 17, abzugeben. Die Anzüge werden gut bezahlt. Bis einschließlich 15. Juni wird außerdem ein Zuschlag von 10 v. H. vergütet. Wer freiwillig mindestens einen tragfähigen Anzug abliefert, erhält eine amtliche Empfangsbestätigung und wird von der Verpflichtung einer Bestandsanzeige über seine Oberkleidung befreit. Annahme in der Altkleiderstelle an den Werktagen von 9 bis 1 und 3 bis 5 Uhr.

*Die **Löhnung der Heimgekehrten.** Nach einem Erlaß des Kriegsministers beginnt der Anspruch auf Kriegsbesoldung bei den aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrenden Heeresangehörigen für Gehaltsempfänger mit der Monatshälfte, für Löhnungsempfänger mit dem ersten Tage des Monatsdrittels, in dem sie sich bei einer deutschen militärischen Dienststelle im besetzten Gebiet, oder, wenn sie solches nicht betreten, nach Ueberschreitung der deutschen Landesgrenze bei der nächstgelegenen militärischen Dienststelle gemeldet haben. Die Höhe der Kriegsbesoldungssätze, ob mobile oder immobile, richtet sich nach den für das Gebiet geltenden Bestimmungen, in denen die Kriegsgefangenen in Quarantäne genommen werden. Aus russischer Kriegsgefangenschaft zurückkehrende Offiziere erhalten Gehalt, das heißt von der russischen Regierung nicht ausgezahlt worden ist, nachgezahlt. Die aus Frankreich zurückkehrenden Offiziere erhalten die Differenz nachgezahlt, die sich dadurch ergibt, daß in Frankreich Beförderungen nicht anerkannt werden; die später als zwei Monate nach der Gefangennahme ausgesprochen sind. Den aus Kriegsgefangenschaft entwichenen Heeresangehörigen können auf Antrag die durch die Flucht wirklich entstandenen notwendigen Kosten erstattet werden, soweit sie sich in angemessenen Grenzen halten.

* **Neue Vorschriften über das Strafregister.** Das Strafregister wird bekanntlich von der Staatsanwaltschaft des Landgerichts geführt, in dessen Sprengel der Bestrafte geboren ist. Die neuen Vorschriften über die Löschung von Strafen haben auch eine Aenderung der Bestimmungen über die Strafregister und die wechselseitige Mitteilung der Strafurteile notwendig gemacht. Nach einem Beschluß des Bundesrats treten sie am 1. August in Wirksamkeit. Wenn Vermerke im Strafregister gelöscht sind, so darf nur den Gerichten, der Staatsanwaltschaft und auf ausdrückliches Ersuchen den höheren Verwaltungsbehörden Auskunft erteilt werden. Im übrigen sind gelöschte Vermerke als nicht eingetragen zu behandeln. Sind nur Gefängnis- oder Festungshaft bis zu einem Jahre, Arrest, Haft, Geldstrafe oder Verweis vermerkt und seit der letzten Verurteilung 10 Jahre vergangen, so darf über den Inhalt des Registers nur den Gerichten, den Behörden der Staatsanwaltschaft sowie auf ausdrückliches Ersuchen den höheren Verwaltungsbehörden Auskunft erteilt werden. Vermerke über Verurteilungen im Ausland sind denen des Inlands gleichzuachten. In das Register aufgenommen werden jetzt auch die Entscheidungen der Konsulargerichte, der Militärgerichte und der Strafvorfolgungsbehörden, durch die ein Strafverfahren durch Einstellung, Nichteröffnung des Hauptverfahrens oder Freisprechung beendigt wird. Dasselbe gilt bei Einstellung des Verfahrens oder Entmündigung wegen Geisteskrankheit.

* **Der unabhängige Rechenkünstler,** der im Volksblatt unserm Magdeburger Parteiverein durch läppische Zahlenkünstelei zwei Drittel seines Mitgliederbestandes abzustreichen versuchte, tritt jetzt einen geradezu lächerlichen Rückzug an, so schreibt die Magdeburger Volksstimme. Sein Rettungsanker sind — ein Druckfehler und ein Höhrfehler des Berichterstatters über die Generalversammlung des Magedburger Vereins, zwei so unerheblische Fehler, daß sie völlig bedeutungslos sind. Den Höhrfehler hatten wir schon selbst berichtigt: Der Kassenbestand betrug nämlich nicht 15 162.20 M., sondern 15 163.20 M. Der Druckfehler bezog sich auf die Ausgaben; sie waren in unserm Bericht mit 20 236.95 M. angegeben, während sie 20 632.95 M. betrugen. Auf den ersten Blick sieht man, daß hier eine Ziffernverwechselung vorliegt; die 2 ist an die Stelle der 6 geraten und umgekehrt. Erbliebende Polemiker würden solche offenkundigen alle Tage tausendfach vorkommenden Irrtümer außer Betracht lassen. Was macht aber der unabhängige Rechenkünstler daraus? Er schreibt: „Aus der ganzen Fassung des Berichts mußte geschlossen werden, daß in der Einnahme der Kassenbestand mitenthalten war. Wenn es die Reineinnahme und Reinausgabe sein soll, dann stimmt doch der Betrag nicht, der als Mehrausgabe angegeben ist. Uebrigens war auch der Kassenbestand vom Anfang des Geschäftsjahres nicht richtig angegeben, wie im Artikel der Volksstimme selbst mitgeteilt wird. Das ganze ist also eine sehr eigne Art, die Oeffentlichkeit zu unterrichten. Sie sieht mehr nach „Sand in die Augen streuen" aus, als nach Offenheit und Stärke. Wie unter solchen Umständen die jetzt mitgeteilten Angaben zu bewerten sind, überlassen wir unsern Lesern." Der letzte Satz zeigt auch dem Blindesten, daß es seinem Schreiber, koste es, was es wolle, darauf ankommt, Mißtrauen zu säen. Da muß man denn doch sagen, daß so viel Moral nur auf unabhängigem Holze wachsen kann. Aber wenn die unabhängigen Führer sich auch noch so sehr bemühen, schwarz in weiß und weiß in schwarz umzu — deuten, den aufmerksamen Beobachter täuschen sie nicht, und schließlich kommt auch ihre eigne Geistigkeit dahinter, daß sie mit Waffen kämpfen, vor denen anständige Menschen Abscheu empfinden. Ist es aber erst zu dieser Erkenntnis gekommen, dann stehen jene Führer bald allein auf weiter Flur, und was sie dann noch als Anhang behalten, das wird ihnen jedermann gern gönnen — aus Reinlichkeitsgründen.

* **Annahmestelle für Leder und Lederwaren in Halle.** Nach der Bekanntmachung der Reichsstelle für Schuhversorgung vom 30. März 1918 dürfen getragene Schuhwaren, sowie Altleder (d. h. gebrauchtes Leder) entgeltlich nur an die von der Reichsstelle für Schuhversorgung zugelassenen Personen und Stellen veräußert und auch nur von diesen entgeltlich erworben und weiterveräußert werden. Dasselbe gilt für folgende gebrauchte fertige Ware, wenn sie ganz oder teilweise aus Leder besteht: Gamaschen, Handtaschen, Koffer (einschließlich Segeltuchkoffer), Kofferteschen, Kultaschen, Hutschachteln, Helmschachteln, Eimer, Fußbälle, Würfelbecher, Sättel, Satteltaschen, Zaumzeug, Flügel, Geschirr- und Lederzeug, Wagendecken, Plaudecken, Schreibmappen, Schulmappen, Schultornistern, Tornister, Rucksäcke, Brieftaschen, Aktenmappen, Lederhängetaschen, Lederbeutel, Lederetuis, Lederfutteraale, Lederkästen, Lederkissen, Lederdecken, Lederbezüge, Möbelbezüge aus Leder, Schurzfelle, Riemen aller Art (mit Ausnahme von Treibriemen, für welche die bereits erlassenen Vorschriften bestehen bleiben), Koppeln, Gürtel, Lederhelme, Gewehrfutterale, Jagdtaschen. In Ausführung der genannten Verordnung ist für die Stadt Halle die Altkleiderverwertungsstelle (Leipziger Str. 17) als Stelle bestimmt worden, an der die oben genannten Gegenstände, sofern sie bereits gebraucht waren, allein verkauft und von der diese allein entgeltlich erworben und weiter veräußert werden dürfen.

* **Von der Straßenbahn.** In der geschlossenen Stadtverordnetensitzung am Montag wurde beschlossen, Herrn Bussebaum in Karlsruhe als Ersten Straßenbahndirektor anzustellen. Der bisherige Betriebsleiter der Straßenbahn, Herr Emil Jacobs, wird Betriebsdirektor der Straßenbahnen.

* **Die Häuteverwertungs-Genossenschaft in Halle** hat dieser Tage ihre Generalversammlung abgehalten. Der Bericht über das 18. Geschäftsjahr, sowie die Erläuterung der Vermögensbilanz, Gewinn und Verlust. Rechnung wurde von Generaldirektor Rotter erstattet. Seinen Ausführungen ist zu entnehmen, neraldirektor Rotter erstattet. Seinen Ausführungen ist zu entnehmen, daß durch die Rationierung des Fleischverbrauches und durch die zur Schlachtung kommenden leichten Tiere auch ein Rückgang im Umsatz eingetreten ist, der sich immerhin noch auf 4 146 922.80 M. beziffert und die Einlieferung von rund 70 000 Großviehhäuten, 75 000 Kalbfellen und 40 000 Schafe und sonstigen kleineren Fellen umfaßt. Die Beschädigungen der Häute lassen dank der umsichgetriebenen Bemühungen der Verwaltungsorgans etwas nach, doch sind immerhin noch 31 000 für vorgefundene Fehler zu vergüten gewesen. Der Bestand der eingetragenen Genossen hat sich auf 1508 Genossen mit 1795 Anteilen erhöht. Die Gewinn- und Verlustrechnung ermöglicht auch in diesem Jahre wieder eine zehnprozentige Verzinsung der vollengezahlten Geschäftsanteile der Genossen. Der Direktor Rotter gab dann noch einen Bericht über die Neuorganisation der Hörnerbewirtschaftung und einen solchen zur Uebergangswirtschaft; er sprach ferner über die zur Erreichung höherer Häutepreise unternommenen Schritte. Die Versammlung sprach ihre Verwunderung darüber aus, daß trotz der niedrigen Häute- und Fellpreise Leder und Schuhe selbst zu unerschwinglichen Preisen nicht zu haben sind.

* **Unanbringliche Postpakete.** Nach Mitteilungen von amtlicher Stelle hat auch 1917 eine sehr große Zahl von Postpaketen deshalb zugunsten der Postunterstützungskasse verkauft werden müssen, weil die unzureichend befestigte Aufschrift während der Postbeförderung abgefallen war und die Sendungen im Innern keinerlei Angaben über den Empfänger oder Absender enthielten. Meist werden die Absender oder Empfänger zu Unrecht angenommen haben, das Paket sei bei der Post entwendet worden. Und doch trägt die Post keine Schuld an der Nichtankunft des Pakets. Sie hat mit den aufschriftlosen und deshalb unanbringlichen Paketen nur Mühe und Arbeit, die erspart werden können, wenn die Aufschrift haltbar angebracht und ein Doppel der Aufschrift in die Sendung gelegt wird. Erst das ermöglicht, das Paket auch dann dem Empfänger zuzuführen, wenn die Aufschrift abgefallen ist und die Sendung zur Ermittlung des Empfängers oder Absenders geöffnet werden muß. Es empfiehlt sich daher dringend, die Aufschrift, falls sie nicht auf das Paket selbst geschrieben werden kann, recht haltbar zu befestigen und für alle Fälle ein Doppel der Aufschrift oben auf den Inhalt des Pakets zu legen.

*Gegen den **Schwindel mit „Nährsalzen".** Den Begriff „Nährsalz" kennt die Wissenschaft nicht. Trotzdem wird er von einer größeren Anzahl Firmen gebraucht, um den Anschein zu erwecken, als ob nur von ihnen als Nährsalzerzeugnisse angepriesenen Waren ein ganz besonderer Nährwert zukomme. Mit Vorliebe bedienen sich die Schwindelfirmen dieses Trickes, um ihren Absatz zu fördern. Demgegenüber verlautet es sich, hier auf eine Aeußerung des Kaiserlichen Gesundheitsamts hinzuweisen, worin es heißt: Die wissenschaftliche Medizin kennt den Begriff „Nährsalz" nicht; es ist von Vertretern der naturheilkundigen Lehrweise und arzneilosen Heilbehandlung geschaffen und in Nährsalzkreisen jetzt zu einem verbreiteten Schlagwort geworden. Es gibt zahlreiche Erzeugnisse, die aus solchen Nährsalzen bestehen oder sie — wie Nährsalztee, Nährsalzkaffee-Ersatz, Nährsalzkakao — enthalten oder enthalten haben. Die in den Handel gebrachten Nährsalzerzeugnisse enthalten nach den von den Herstellern in den Reisepreislisten angegebenen Formeln teils nur phosphorsaure Salze (Natrium- und Ammoniumphosphat), teils verschiedene Salze, darunter Natrium-, Kalium-, Kalzium- und Magnesiumverbindungen. In Wirklichkeit dürften sie im wesentlichen aus Kochsalz und Phosphaten bestehen. Die wissenschaftliche Medizin stellt dadurch, daß sie den Begriff Nährsalz nicht anerkennt, die Bedeutung bestimmter Salze, wie Chloride (Kochsalz), Phosphate und Kalziumverbindungen (Kalksalze) für die Ernährung des Menschen keineswegs in Abrede, nur lehrt sie, daß das physiologisch erforderliche Kochsalz in Gestalt des Küchensalzes jederzeit, und zwar billig, zur Verfügung steht, und daß die übrigen, zur Ernährung notwendigen Salze als natürliche Bestandteile der Nahrung in hinreichender Menge genossen werden; trifft dies im Einzelfalle ausnahmsweise nicht zu, so werden die jeweiligen Verbindungen, eine Kalziumsalze, als solches dem Organismus zuzuführen sein. Es steht jedem frei, sich phosphorsaure Salze, Kalksalze und dergleichen durch seinen Arzt verschreiben zu lassen oder in Handel erhältliche Erzeugnisse von Salzen als Zusatzmittel zur Nahrung zu beziehen.

* **Aenderungen auf Bezugsscheinen und Urkundenfälschungen.** Von amtlicher Seite wird folgendes mitgeteilt: Wie verschiedene Gerichtsverhandlungen in letzter Zeit bewiesen haben, herrscht in verschiedenen Kreisen noch immer Unklarheit über das Wesen des Bezugsscheines; man weiß vielfach immer noch nicht, daß der Bezugsschein eine Urkunde darstellt und dementsprechend jede Veränderung, die auf denselben vorgenommen wird, als Urkundenfälschung bestraft wird. Immer wieder kommt es vor, daß Leute auf bereits abgestempelten Bezugsscheinen selbständige Eintragungen, Aenderungen oder Zusätze vornehmen, z. B. auf einem Bezugsschein, der über eine Hose ausgestellt ist, das Wort „Hose" ausradieren und dafür einen andern Gegenstand einsetzen. Viele tun dies aus reiner Bequemlichkeit, weil sie den nochmaligen Gang zur Bezugsscheinstelle scheuen. Jeder, der jedoch eine Aenderung an einem Bezugsschein vornimmt, kann sicher sein, sich wegen seiner gesetzwidrigen Handlungsweise vor Gericht verantworten zu müssen. Denn die Scheine werden späterhin von den Geschäften den Bezugsscheinstellen zurückgereicht und hart kontrolliert, so daß jede solche Aenderung entdeckt wird und zur Anzeige gelangt.

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater. Die für heute Donnerstag angesetzte Aufführung von Ibsens „Stützen der Gesellschaft" steht unter der Spielleitung von Ludwig Wasson. Den Konsul Bernick spielt Karl Sistig. Freitag „Die Försterchrist", Sonnabend „Der Troubadour" mit Kammersänger Oskar Bolk, Kammersänger Julius Neudörffer, Tilly Schmidt und Katharina Eichenberg in den Hauptpartien. Sonntag nachmittag Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen „König für einen Tag", komische Oper von Adam, abends 7½ Uhr „Die Rose von Stambul".

Wohlfahrtseinkünfte in Bad Wittekind. Niemand versäume heute, Donnerstag abend 7½ Uhr, das Konzert der vereinten Männerchöre. Unter Mitwirkung des Stadttheater-Orchesters und Leitung des Herrn Bruno Hebrich wird ein selten schöner Genuß geboten werden. Der ungewöhnlich billige Eintrittspreis von 1 M. macht es jedermann möglich, diesen Abend mit zu verleben. Der Reinertrag der ganzen Veranstaltung kommt Säuglingen und Kindern zugute, deren Väter im Felde stehen und deren Mütter in Munitionsfabriken dem Vaterlande dienen.

Die „Märchenbilder", die vom Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkstracht am Dienstag nachmittag in der Loge zu den fünf Türmen veranstaltet wurden, erfreuten sich überfolles eines guten Besuchs. Eine ganze Reihe bekannter Märchen wurden durch Kinder zgenlich wohlgelungen dargestellt. Die von diesen gesungenen stimmungsvollen Lieder erhöhten die eindrucksvolle Wirkung. Das treffliche Gelingen stellt den Leitern der Veranstaltung das beste Zeugnis aus.

Aus der Partei.

Unabhängige Heuchelei.

Unabhängige Blätter bringen eine Schilderung über die Verteilung einer Broschüre „Ein Wort zum Nachdenken für die deutschen Arbeiter" im rheinisch-westfälischen Industriebezirk. Die Broschüre sei auf Bestellung und Kosten des Generalkommandos des 7. Armeekorps hergestellt, unter Mitarbeit eines freien Gewerkschaftssekretärs von einem christlichen Arbeitersekretär entworfen, begutachtet und verbessert von einigen abhängigen Redakteuren, und habe den Zweck, „den Kriegswillen der Arbeiterschaft wach zu erhalten".

„Als die Broschüre gedruckt war", so heißt es weiter in der unabhängigen Presse, „versammelte das Generalkommando die Gewerkschaftsbeamten des Korpsbezirks um sich, um von ihnen zu hören, wie die Broschüre am besten verbreitet werden könnte. Die Mehrzahl der politisch zu den Mehrheitssozialisten haltenden Gewerkschaftsbeamten erklärten sich mit dem Inhalt der Broschüre einverstanden und war zur Verteilung bereit. Die Beamten des Metallarbeiterverbandes in Düsseldorf erklärten für ihre Person ihr Einverständnis, aber sie fürchteten den Widerspruch ihrer Ortsverwaltung, die völlig aus Unabhängigen bestehe. Der Ekel steigt zur Kehle, wir brechen ab. Da 500 000 Stück verbreitet werden, haben die Arbeiter wissenhaft Gelegenheit, dieses Denkmal der Umlerner zu bewundern. Wir glauben, dem Mehrheitssozialismus ist ein Bärendienst ersten Ranges erwiesen worden. Und den hat er an seinen beamteten und militärischen Bestätigern reichlich verdient. Die denkenden Arbeiter aber sehen hier wieder um so deutlicher, wie mit öffentlichen Geldern und von den mehrheitssozialistischen „Arbeiterführern" Stimmung gemacht wird."

Die unabhängige Presse hat sich im vorliegenden Falle von einem scheinheiligen Mitarbeiter aufs Glatteis locken lassen. Ihm steht es nicht wohl an, sich darüber zu entrüsten, daß Gewerkschaftsbeamte der Verteilung der Broschüre zustimmten. Sie haben es gelan unter Vorbehalt der Zustimmung ihrer Mitglieder oder wenigstens deren Vertrauensleute, denn diese Zustimmung mußten sie haben, weil die Arbeiter die Broschüre verbreiten sollten. Und merkwürdigerweise haben die Gewerkschaftsbeamten diese Zustimmung auch in solchen Fällen erhalten, wo die Mehrzahl der beschäftigenden Arbeiter aus Unabhängigen bestand. Wir müssen beispielsweise, daß in einer sehr großen Industriestadt die Vertrauensmännerkörper einer sehr großen Organisation, deren Mitglieder sich in weitaus überwiegender Zahl zu den Unabhängigen bekennen, beschlossen hat, die Verbreitung der Broschüre vorzunehmen. Wir können, wenn es genügend wird, mit Einzelheiten dienen.

Unter diesen Umständen wird den unabhängigen Redakteuren wohl angst und bange werden vor ihrer eignen Gefolgschaft. Ist ihnen schon der Ekel in die Kehle gestiegen ob des schandbaren Verhaltens der Gewerkschaftsbeamten, so wird er sich wohl jetzt völlig entladen, ob des greuelerregenden Tuns unabhängiger Arbeiter. Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen, und wenn man sich unabhängig nennt, dann muß man auch unabhängig sein von aller Demagogie und Scheinheiligkeit.

*

Die **Denkschrift der Interalliierten Sozialistenkonferenz,** die der Genosse Branting zusammen mit einem dom 10. März datierten Schreiben von Huysmans und Vandervelde am 29. April in Stockholm absandte, ist dem Parteivorstand am 3. Juni zugestellt worden. Wie bereits in der letzten Sitzung des Parteiausschusses mitgeteilt wurde, hatte der Parteivorstand von kurzem den Text von anderer Seite bereits erhalten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180606-11/fragment/page=0006